

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Haus 2 RM, halbm. 1 RM), durch die Post bezogen monatl. 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Elsterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Erscheinung: Dresden-21, Elsterbahnstr. 2 / Fernspr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Elsterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 14. März 1928

Nummer 63

Die Geheimrüstungen

Kommunistische Enthüllungen im Reichstag

Die Hintergründe des Phœbus-Standals / Rede des Genossen Schneller im Hauptausschuß
Die Sozialdemokratie für Geheimhaltung des Saemisch-Berichtes

Dresden, 14. März. (Eigener Drahtbericht.)

Im Hauptausschuß des Reichstages kam es am Dienstag zur Beratung der Phœbus-Affäre. Sofort zu Beginn der Sitzung nahm

Genosse Stoedter

das Wort: Vor 13 Tagen, am 1. März, hat der Haushaltsausschuß auf weiteren Antrag hin beschlossen, daß der Untersuchungsausschuß von Saemisch dem Reichstage vorgelegt werden soll. Die Vorkriegs-Regierung hat diesen Beschluß nicht ausgeführt, sondern aus Grund einer Geheimbesprechung mit den Parteiführern, auch den Sozialdemokraten und Demokraten, gestern ein Dokument über die Phœbus-Affäre vorgelegt, das eine direkte Herausforderung, eine Proklamation der Öffentlichkeit bedeutet. Dieses Dokument, bestehend aus einem Untersuchungsausschußbericht, ist eine bewußte Fälschung des Saemisch-Berichtes. Er ist ein Dokument, das in diesem Dokument die schwerwiegendsten politischen Tatsachen des Berichtes über

die Finanzierung illegaler Geheimrüstungen

als eines umfangreichen Spionageapparates durch die Seetransportabteilung und Lohmann bewußt unterdrückt. Gerade diese Teile sind für die Öffentlichkeit die wichtigsten. Gegen sie doch die politischen Hintergründe der ganzen Transaktionen Lohmanns, und werden dadurch doch nur die ganzen politischen Aktionen der Seetransportabteilung erklärlich.

Zweitens ist dieses Dokument eine Fälschung, indem es wiederum die ganze Verantwortung auf den Kapitän Lohmann abwälzen will. Die Reichsregierung hat damit den Reichstag und die Öffentlichkeit bewußt angelogen, angezwinkelt.

Sowohl Geckler als auch der frühere und jetzige Chef der Marineleitung waren mit dem ganzen System der Seetransportabteilung einverstanden, haben die Handlungen Lohmanns gebilligt und sie gebilligt. Wir stellen fest, daß diese Herren auch noch fast allen Einzelheiten der Lohmannschen Transaktionen im Reichstag waren. Weder Geckler noch der Admiral Jentzsch sein Vorgänger würden es auf ihren Eid nehmen, von den Dingen nichts gewußt zu haben. Sie könnten andererseits sehr wohl des Verweidens beschuldigt und überführt werden. Darüber hinaus sind auch die zuständigen Reichsminister Wirth, Cuno, Luther und Marx für die jetzt enthüllten Verhältnisse voll verantwortlich, denn sie haben von diesem System gewußt, haben es gebilligt. Es ist geradezu unerträglich, wenn der für alle diese Dinge mitverantwortliche Reichsminister Marx jetzt immer noch Kapitän Lohmann als alleinigen Schuldigen hinstellen will.

Aus diesen Gründen fordern wir erneut die sofortige Vorlegung des wirklich Saemisch-Berichtes, wobei wir gleich bemerken, daß auch Herr Saemisch aus politischen Gründen die ganze Affäre nicht völlig aufgedeckt hat.

Genosse Stoedter begründet dann einen Antrag, die Regierung erneut aufzufordern, entsprechend dem Haushaltsbeschluß vom 1. März dem Reichstage den Saemisch-Bericht sofort vorzulegen.

Darauf lehnte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, mit sadenstimmigen Bewegungen die von den Kommunisten geforderte Vorlegung des Saemisch-Berichtes ab, wozu er sich ja bereits in der Geheimbesprechung mit Marx verpflichtet hatte.

Da die Regierung auf die Erklärung des Genossen Stoedter nicht kommt, so ist es sofort zur Ablehnung. Einige Sozialdemokraten reden auf Hermann Müller und Hiltbrand ein: Sie müßten doch für den kommunistischen Antrag stimmen. Müller und Hiltbrand aber geben Befehl zur Ablehnung, worauf tatsächlich der kommunistische Antrag mit den Stimmen der ganzen Hindenburg-Fraktion, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, abgelehnt wird.

Der Abgeordnete Haas (Demokrat) verlangt daß alle parteipolitischen Erwägungen bei der Entscheidung aus dem Spiel bleiben. Es könne nur darauf ankommen, die etatistischen Sicherungen zu schaffen, daß so bedauerliche Vorkommnisse wie im Fall Lohmann sich nicht wiederholen können. — Für die kommunistische Fraktion wandte sich

Genosse Schneller

gegen den Versuch, mit etatistischen Erörterungen und Ablehnung der Verantwortung auf eine Verdon in die Tafsachen zu verwickeln und den politischen Hintergrund zu verheimlichen. Das Maßgebende an dem vorliegenden Bericht ist der Versuch, eine große politische Affäre möglichst harmlos erscheinen zu lassen. Aber gerade die Darstellung des Regierungsberichtes beweist, daß es große

politische Hintergründe

geben muß. Warum wird dem Kapitän Lohmann eine so weitgehende Vollmacht gegeben, Geschäfte in Deutschland und in

allen Teilen der Welt abzuschließen? Warum wird ihm die Vollmacht gegeben, über ungefähre Millionen — die wahre Summe scheint nach dem Bericht der Regierung auch jetzt noch nicht bekannt zu sein — unter rein persönlicher Verantwortung zu verfügen? Sicher ist, daß bei dieser Art Geschäftsführung Korruption in großem Umfange unausbleiblich ist. Sicher ist auch, daß diese Geschäfte jeder ordnungsgemäßen Kontrolle auf die Weite entzogen worden sind. Aber das ist ja gerade das Mittel für die Reichsregierung, die dafür voll verantwortlich ist, gewesen, um die größte geheime Aufrüstung durchzuführen, denn das steht in Wahrheit hinter den Film- und Spektakelgeschäften.

Dah diese Auffassung auch in Kreisen der Regierung Bedeutung hervorgerufen hat, das zeigen die Ausführungen, die in einem Bericht des Herrn Saemisch in dieser Angelegenheit gemacht werden. Dabei ist wichtig, daß festgestellt wird,

wie die Geheimfonds nicht nur der Militärspionage, sondern in Verbindung mit der Industrie auch wesentlich der Wirtschaftsspionage zugute gekommen sind, wozu die Industrie ihrerseits den Geheimfonds Mittel zur Weiterarbeit zugeleitet hat.

Aus dem Geheimbericht des Sparkommissars Saemisch zitiert Genosse Schneller folgende entscheidende Stelle:

„Zur Kritik der in der Praxis der von der Marine bei Finanzierung des durch die politischen Notwendigkeiten vollst. gerechtfertigten Nachrichtendienstes angewandten Weidobens gibt in erster Linie die unerwünschte Verquickung industrieller Subsidien mit den Geheimfonds der Reichswehr Anlaß. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß nach dem Kriege die Wirtschaftsspionage beachtlich an Bedeutung gewonnen hat und somit zweifellos die industriellen Interessen mit denen des militärischen Nachrichtendienstes homogen sind. Trotzdem haben sich Verhältnisse entwickelt, die, wie der Fall des Kapitän Lohmann beweist, nicht nur nicht erwünscht, sondern für das Reich höchst nachteilig sind.“

Die Hebernahme einer beträchtlichen Anzahl ehemaliger Marineoffiziere durch die Industrie im Inland und bei aus-

ländischen Vorkriegsstellungen darf hierbei als das psychologische Moment der Perfektierung jener militärisch-geschäftlichen Verbindung angesehen werden, die sich durch die Annahmehaltung einzelner und die ungenügende Gegenkontrolle der erteilten Vollmachten zum Nachteil des Reiches entwickelt hat. Hierbei ist wiederum zu berücksichtigen, daß speziell der Marine zur Zeit der Tätigkeit der Internationalen Hebernahmekommission, da ihre Mittel für den Nachrichtendienst sehr beschränkt waren, von Seiten der Industrie beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt worden sind.“

„Aus diesem finanziellen Separatismus der einzelnen Heberforscher erklärt sich die dem Ganzen nachteilige Differenzierung der legalen Haushaltsmittel der Reichswehr in Sondermittel, Spezialfonds, Verrechnungsfonds und Heberfonds, die im Falle der Phœbus-Transaktion zu den verhängnisvollsten Folgen führte.“

„Die durch die Transaktionen des Kapitän Lohmann entstandenen materiellen Verluste erreichen eine Höhe, die auf dem Wege privater Zahlung niemals ausgeglichen werden kann. Hinzu kommt, daß Kapitän Lohmann sich auf andere Geschäfte gleicher Art berufen kann, die von anderen Stellen getätigt worden sind, wobei zum Teil ähnliche, zum Teil noch wesentlich höhere Summen auf dem Spiele gestanden haben.“

„Hinzu kommen noch die im Ausland mit Hilfe von Sondermitteln eingerichteten Nachrichtenstellen, die unter der Deckung geschäftlicher Firmierung als Ersatz für die fehlenden Marine- und Militärattachés anzusehen sind.“

Welches sind nun die Geschäfte, die von der Reichsregierung mit Hilfe des Kapitän Lohmann getätigt worden sind und die im Bericht selbst entweder bestritten werden oder bewußt falsch dargestellt sind? Die wichtigsten Geschäfte sind zweifellos diejenigen, die sich auf Flugzeuge beziehen. Wir haben schon bei früherer Gelegenheit auf die Beteiligung der Reichsmarineleitung an der Stabingeseellschaft „Das Flugzeug in der Landwirtschaft“ hingewiesen, die zur Deckung für die Beteiligung des Reichswehrministeriums an den Calper-Flugzeug-Werken ge-

Bauern demonstrationen

Am Montag demonstrierten die Bauern. Der deutsch-nationale Reichslandbund hatte die Demonstrationen eingeleitet. In verschiedenen Orten kam es zu Zusammenkünften. In Agrin wurden die Feuerschreien des Finanzamtes zerstört. Die deutschnationalen Demagogen vollstreckten wieder ein Abkündigungsmandat. Es gilt der Küderoberung der Bauernstimmen. Die Hölle ist gefüllt mit wüster Hege gegen alles, was nicht deutschnational ist. Die Arranguren hatten ihre schicksalhaften Stützpunkte zur Hand, um jeden anderen, der einen Versuch machte, zu den Bauern zu sprechen, sofort mit Gewalt daran zu verhindern.

In Wien verfuhr der Genosse Stadtoverordnete Weitz zu den Bauern zu reden. Kaum hatte er den Schritten heruntergefallen und geschlagen wurde. Mit großer Mühe gelang es Genossen Weitz, in das Finanzamt zu kommen. Auch in anderen Teilen Sachsens, in Weichen, Jittau, Löbau, Baugen, fanden, wie im gesamten Reich, Demonstrationen statt.

Es ist nicht zu verkennen, daß sich die breite Masse der Kleinbauern in schwerster Kollage befindet. In Sachsen ist diese Lage noch verheerter worden durch die Wässernten und Hochwassererschäden der letzten Jahre. Ebenso feststehend wie die Tatsache, daß die kleineren Bauern unter einem starken wirtschaftlichen Druck leiden, ist jedoch die andere Tatsache, daß es den Großgrundbesitzern noch nie so gut gegangen ist wie heute. Die arbeitenden Bauern werden von den Junkern vorgepresst, um Steuererhöhungen und Steuererleichterungen zu erzwingen. Es wird mit dem Steuer- und Prozentsatz droht.

Die Kleinbauern müssen sich die Frage vorlegen, ob ihre Lage leichter unter der Führung des deutschnationalen Reichslandbundes besser geworden ist. Diese Frage kann nur mit einem eindeutigen Nein beantwortet werden. Die Politik der Regierungsverwaltung, die unter deutschnationaler Führung steht, hat unzulässige Bauernexzessen zuliebt. Und eben nicht die deutschnationalen entscheidend in der Reichsregierung? Die Bauern haben doch den „Ketter“ Hindenburg gewählt! Trotz alledem geht es ihnen schlecht.

Die arbeitenden Bauern müssen sich im Kampfe um ihre Erträge darüber klar werden, mit wem sie diesen Kampf führen wollen. Der Reichslandbund beschwört jetzt die Geister des

großen Bauernkrieges. Diese erste große Bauernrevolution spricht jedoch ganz und gar gegen die Reichslandbundesführer. In ganz Süd-, West- und Mitteldeutschland pflegten die Bauern zu sagen:

Als Adam grub und Eva spann, wo waren Pflast und Edelmann?

Die Erinnerung an den großen Bauernkrieg kommt jedoch gerade zur rechten Zeit, denn der große Bauernkrieg beweist, daß Junker und Bauern von Anfang an Todfeinde waren, daß des Junkers Brot des Bauern Tod ist. Vor 500 Jahren gab es kein industrielles Massenproletariat, um den Bauern in ihrem Kampf zu helfen. Darum wurden die Bauern niedergeschlagen und zu Tausenden von den Junkern geköpft, gehängt und gerädert. Heute ist die Befreiung der Bauernschaft vom Joch der Kapitalisten und Junker unter Führung des revolutionären Industrieproletariats möglich. Das Beispiel Sowjetrußlands zeigt, mit wem die arbeitenden Bauern Deutschlands zusammengehen müssen, wollen sie nicht vom großen Finanz- und Agrarkapital entgültig vernichtet werden.

Der Becher-Prozess vertagt

Die Furcht vor der Blamage

Berlin, 14. März.

Wie uns der Verteidiger des Dichters J. A. Becher, der Genosse Rechtsanwalt Dr. Apfel, sofort mitteilt, hat er ein Telegramm des Oberreichsanwalts erhalten, das ihm von der Vertagung des Hochverratsprozesses gegen J. A. Becher, der morgen beginnen sollte, Mitteilung macht. Der Oberreichsanwalt teilt hier dem Rechtsanwalt Dr. Apfel mit, daß der Sachverständige Geckler plötzlich erkrankt sei, und deshalb der Prozess auf unbestimmte Zeit (11) vertagt werden müßte. Genosse Dr. Apfel wurde im Telegramm angewiesen, auch seinerseits die Ablehnung der von ihm beantragten Sachverständigen zu veranlassen.

Diese Vertagung des Becher-Prozesses zeigt deutlich die Angst der deutschen Bourgeoisie und ihrer Klassenjustiz, bei der Durchführung des Becher-Prozesses eine elende Blamage zu erleiden. Daß es zu dieser Vertagung kam, ist ohne Zweifel ein großer Erfolg der revolutionären Arbeiterklasse und der revolutionär eingestellten deutschen und internationalen Arbeiterklasse, die in zahlreichen Sympathieausdrückungen dem Genossen Becher ihre Solidarität bezeugen und sich gegen die Durchführung dieses Prozesses und die deutsche Klassenjustiz ausprechen.

B
NBERG
Seite 10
radhaus
straße 21
bater
ne +
Reiter
nfabrik
riseur
Seite 8
euge
thalle
berg
dem
ttmann
eld
er mit
Zetung
ilt
mleitung
straße 8
eiderel
DRESDENER
WEIT
ndstr 16
RONE
lscheu
nmenhall
itz
pparate
hafft am
gskörp
hthaus
el. Neßdor
Verleier
MITTEL

Das Ende des Berliner Kampfes

Die Arbeiter sollen ohne einen Pfennig Lohnerhöhung in die Betriebe gehen. Stürmische Proteste der Metallarbeiter.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat am Montag dem 12. März der Reichsarbeitsminister den vom sozialdemokratischen Schlichter Williel für die Berliner Metallindustrie geschlossenen Schlichtervertrag verbindlich erklärt. Sofort trat daraufhin der D.M.B.-Bevollmächtigte Ulrich und das Hauptvorstandsmittelglied Ton vor die Versammlung der streikenden Werkzeugmacher und forderten den Abbruch des Streiks. Da der Schlichtervertrag keine andere konkrete Bestimmung enthält, als daß die Werkzeugmacher einen Stundenlohn von 1 Mark garantiert erhalten sollen, die Werkzeugmacher aber durchweg schon höhere Löhne haben, so verlangten Ulrich und Ton nichts anderes, als daß die Berliner Metallarbeiter ohne auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung den Kampf abbrechen, mit anderen Worten, Bedingungen kapitalistischer Art.

Mit der faktischen Annahme des Schlichtertrages durch die D.M.B.-Bureaus hat diese ferner das System der Betriebe so weit wie möglich abgemacht, wie sie in dem Schlichtertrage zum Ausdruck kommen. Das ist ein weiterer Schritt zum Verfall, zur weiteren Differenzierung der Löhne und Arbeitsbedingungen, zur Zersplitterung der Arbeiterfront. Die D.M.B.-Bureaus hat sogar in diesem Sinne den Schlichtungsinstanzen vorgearbeitet und den Weg gewiesen, indem sie selbst schon vorher Sondertarife für Berlin, wie früher für die R.G.,

Berliner Metallarbeiter war sich bewußt, daß ein Erfolg nur im Kampf gegen die kapitalistischen Schlichtungsorgane erreicht werden konnte. Sie waren zu diesem Kampfe bereit und haben ihn auch durchgeführt. Es wird immer mehr Gemeingut aller Arbeiter, daß die Gewerkschaften dem Kampfe gegen verbindlich erklärte Schlichterträge nicht ausweichen können, wenn überhaupt noch ein erfolgreicher Widerstand gegen die fortschreitende Vereinerlichung der Lebenshaltung, gegen die fortschreitende Vereinerlichung geleistet werden soll. Daß die D.M.B.-Bureaus trotz des entschlossenen Kampfeswillens der Arbeiter bewußt die Niederlage beabsichtigte, das ist ein unauflösliches Verbrechen an dem Lebensinteresse der Arbeiterklasse.

Die Berliner Metallarbeiterbewegung lehrte wiederum, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter in jedem Betriebe aus eigener Initiative die Kampforganisation treffen, die Gesamtsolidarität mobilisieren, andere Gelegenheiten heutzutage und rechtzeitig Betriebsstreikaktionen bilden, damit die Schlichter der reformistischen Führer zerbrochen werden kann und auch gegen den Willen der reformistischen Führer die Arbeiterorganisationen erkämpft werden können.

Die sozialdemokratischen Führer des D.M.B. sind in diesem Kampfe internistisch der Niederlage entgegengekommen, und zwar aus politischen Gründen, die mit der Koalitionspolitik der SPD zusammenhängen. Die SPD will keinen rücksichtslosen Kampf gegen Unternehmertum und die Organe des kapitalistischen Staates, weil sie ja in Preußen in der Koalition steht und die Reichskoalition antreibt. Die Koalitionspolitik der SPD steht den reformistischen Führern höher als die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter. Wie in allen Gewerkschaften, betrachten die sozialdemokratischen Führer des D.M.B. die Organisation nur als ein ausführendes Organ der SPD-Politik. Darum wurden die Vorschläge der Opposition abgelehnt, darum erfolgte die bedingungslose Kapitulation. Die D.M.B.-Bureaus hatte von Anfang an nur das Bestreben, die Zerstückelung des Kampfes zu erhalten. In Begleit des Kampfes erklärten die Reformisten, daß sie keine Streikauflösung herbeiführen wollen, ehe die Schlichtungsinstanzen gesprochen haben. Damit haben sie den Unternehmern in die Hände gearbeitet. Denn die Unternehmer verhängten täglich über weitere Zehntausende die Ausperrung um einen größtmöglichen Druck zu entfalten. In jeder Nacht nach dem ersten Schlichtertrage die Funktionäre der Streikenden selbst die Einberufung aller Werkzeugmacher in den Streik beschloß, wurde das von der D.M.B.-Bureaus nicht durchgeführt, sie hat sogar solche Großbetriebe wie Borsig und Löwe, unbeschädigt gelassen. Es ist klar, daß diese Zerstückelung den Hebeln der Unternehmung stärkte und zum Mißerfolg der Arbeiter führte.

Die Opposition hat in diesem Kampfe von Anfang an den richtigen Weg gewiesen. Tausende von Metallarbeitern, die durch den Reformismus folgten, erkennen das jetzt. Die Entwidlung wird ihre Kräfte tragen. Der erfolglose Kampf ist in einer Beziehung nicht erfolglos, nämlich in den Lehren, die die Arbeiter daraus ziehen. Der verhängnisvolle Einfluß der sozialdemokratischen Führer auf die freien Gewerkschaften muß gebrochen werden. Kein Arbeiter darf jetzt sich einmischen lassen und der Gewerkschaft den Rücken kehren. Jetzt gilt es, weit mehr in den Gewerkschaften zu kämpfen und die Reihen der Opposition zu verstarren. Es gilt, durch diese Arbeit innerhalb der Gewerkschaften die Arbeiterklasse tätig zu machen, in nächster Zeit erneut vorzutreten und dem Unternehmertum und den staatlichen Schlichtungsinstanzen neue Schläge zu liefern, die erfolgreich sein werden, wenn die Arbeiterklasse über die reformistischen Niederlagenstrategien hinausgeht und auf dem Boden des Klassenkampfes in geschlossenen Reihen kämpft.

RPD-Metallarbeiter!

Am 31. März läuft der Tarifvertrag für die lächliche Metallindustrie ab. Alle Betriebe müssen mobilisiert werden. Am Donnerstag dem 15. März findet um 19 Uhr im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Petzstraße, eine Sitzung sämtlicher Leiter der Metallbetriebe und sämtlicher RPD-Funktionäre der Metallbetriebe Groß-Preussens und der Arbeitsgebiete statt. Der Zweck dieser außerordentlich wichtigen Sitzung ist Parteipflicht. Die Betriebe dürfen nicht nur einen Vertreter, sondern müssen alle Funktionäre entsenden. R.P., Abt. Gewerkschaften.

Tranquillität, abgeschlossen hat. Das sind die Ergebnisse der reformistischen Niederlagenstrategie, mit der die D.M.B.-Führer nun vor die Arbeiter treten.

Die Erklärungen der Ulrich und Ton wurden von den verarmtesten Organen des Unternehmertums schwächlich kapitalisiert. Nicht ein Pfennig Lohnerhöhung wurde erreicht. Die heldenhafte Ausdauer der kämpfenden Metallarbeiter waren erfolglos. Die D.M.B.-Bureaus kann ihre Kapitulation in keiner Weise behaupten. Die überwältigende Mehrheit der

Die Buchdrucker lehnen ab!

Nachdem die Konzeptionskonferenzen der drei Tarifgewerkschaften des Buchdruckerhandwerks den Schlichtertrage des Zentraltarifamtes, der die Löhne der Buchdrucker in der Spitze um 3,50 Mark erhöhte, gültig vom 1. April 1928 bis 1. April 1929, also ein volles Jahr, abgelehnt haben, wird jetzt mitgeteilt, daß auch die Vorstände der drei beteiligten Gewerkschaften sich diesem Beschluß angeschlossen haben. Die Gründe für diese ablehnende Stellungnahme sind in der ungenügenden Lohnerhöhung und in der langen Laufzeit des Vertrages zu suchen. Die Stellung der Unternehmer zu dem Schlichtertrage steht noch aus.

Die Bahabiten vor Akabah

Offensive gegen Transjordanien — Englische Truppenverstärkungen in Koweit

London, 13. März.

Aus Jerusalem meldet der Daily Express, daß ungefähr 18.000 Bahabiten sich in der Nähe von Tebat, südlich von Akabah, versammelt haben, um einen Angriff auf Transjordanien vorzubereiten. Die Bahabiten seien mit Proviant für einen Monat ausgerüstet. Der Emir Abdullah von Transjor-

danien hat einen Boten an den englischen Oberkommissar geschickt, durch den er ihn von dem bevorstehenden Angriff der Bahabiten in Kenntnis gesetzt hat und ihn um Verteidigungsmassnahmen bittet.

Eine Gruppe von über 1000 Bahabiten hat wiederum die Beni Sakhir in Koweit angegriffen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Bahabiten den Versuch machen, Haan und Akabah zu erobern.

Nach der Morning Post wurden in Koweit weitere 1000 englische Marineinfanteristen gelandet. In den nordwestlichen Gebieten Indiens stehen mehrere Bataillone britischer Infanterie zum Abmarsch nach Arabien bereit. Kolonialminister Amers erklärte vor Reichvertretern, daß alle militärischen Massnahmen zum Schutze Transjordanien und Krait getroffen seien.

Die Times und andere Blätter widmen der Möglichkeit eines Angriffes längere Artikel und kommen zu dem Schluß, daß durch die Panzerwagen und Flugzeuge sich die militärische Lage erheblich geändert hätte, so daß man im Augenblicke die Bahabiten kaum als eine Bedrohung ansehen könnte, die dem Irakstaat oder Transjordanien gefährlich werden könnte.

Arbeitsgemeinschaften in England

London, 14. März. (Eigener Drahtbericht.)

Der Generalrat der Gewerkschaften nahm in einer neuen Sitzung den Bericht des mit der Ausarbeitung eines Programms für die Arbeit des Unterhauses durch einen beauftragten Abgeordneten entgegen und billigte den vorgelegten Entwurf. Das Gewerkschaftsprogramm zeigt, bis auf einige Formen, die vollständige Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum. Am 21. März ist eine erneute Konferenz der Ausschüsse der Gewerkschaften und Unternehmer einberufen, dort soll die endgültige Festlegung erfolgen.

Furchtbarer Dammbruch in Kalifornien

500 Tote als Opfer der Katastrophe

Von Angeles. Der St.-Francis-Damm in der Nähe von New Hall (Kalifornien) ist auf bisher noch nicht angegebene Weise gebrochen und zerstört worden. Mit rasiger Schnelligkeit ergossen sich die Fluten in einer Breite von zwei Meilen und einer Tiefe von 30 Fuß in das San-Fernando-Tal. Alle in diesem Tal liegenden Städte und Dörfer wurden überflutet und zerstört. Nach vorläufigen Schätzungen rechnet man mit mindestens 500 Toten, wahrscheinlich ist, daß diese Zahl sich noch bedeutend erhöhen wird.

Der Umfang der Katastrophe ist vorläufig noch gar nicht zu übersehen. Die Fluten brömen jetzt etwa 10 Fuß hoch in der Richtung auf Sauguis. Bis jetzt ist bekannt, daß 75 Personen, die in einem dortigen Elektrizitätswerk beschäftigt waren, sowie 150 Personen der Wassertraktwerke ums Leben gekommen sind.

Der St.-Francis-Damm hatte eine Höhe von 205 Fuß und war 650 Fuß lang. Er gehörte zu den Trinkwasseranlagen von Los Angeles. Bei den Rettungsarbeiten wurden bis jetzt 137 Tote geborgen. Die ganze St.-Francis-Quito-Canyon ist mit einer gelben Sandflut, die stellenweise eine Höhe von 20 Fuß hat, überflutet. Man befürchtet, daß unter dieser Sandflut noch etwa 100 Tote begraben liegen. Nach einer angeblich vorläufigen Untersuchung soll der Dammbruch durch Unterspülung eines Berges, der dadurch zusammengebrochen sein soll, erfolgt sein.

Wetterdienst für Mittwoch 1. und Donnerstag 13. März: Vorwiegend wolkig. Nachts: Frost. Tagsüber Temperaturen im Flachland über Null ansteigend. Nordöstliche bis westliche Winde mäßiger Stärke. Nächste Tagen Temperaturumkehr.

geändert worden ist. Die Casper-Flugzeug-Werke wurden nach einem besonderen System zum Abblau von Gas aus den fliegenden konstruiert. Der Komete-Transoceanflug von Köln aus wurde mit einem Casper-Flugzeug vorbereitet und aus den Mitteln des Vohmann-Fonds finanziert, ein Zeichen dafür, daß diese Transoceanflugunternehmen unter militärischen Gesichtspunkten vorbereitet wurden. Vohmann hat auch den Transoceanflug der Junkerwerke mit finanziert. Hier liegt gleichzeitig eine zweite, viel umfangreichere Beteiligung der Reichsregierung an der Flugzeugausrüstung vor, und zwar ging diese Beteiligung über die Severo, die nur zu einem kleinen Teil mit den Heinkelwerken, zu ihrem überwiegenden jedoch mit den Junkerwerken arbeitete. In Verbindung damit sind Auslandsunternehmen geschaffen worden: in Schweden die Bolaget-Aktiefabrikation in Linham, in der Türkei die Flugzeugfabrik Inatfaie, die Luftfahrtsverbindung Madrid-Pisa von Spanien, außerdem Luftverkehrsverbindungen in Südamerika.

Die Arbeit in Schweden war wesentlich eine große Montagewerkstatt, in der die in den Dessauer Junkerwerken hergestellten Teile zu Kampfflugzeugen zusammengesetzt wurden.

So wie diese Unternehmen der Erprobung von technischen Neuerungen auf dem Gebiet der Luftfahrtsdienen, so wurden

ähnliche Versuche auf anderen Gebieten, die durch den Verfall der letzten der letzten deutschen Luftfahrt entzogen sind, durchgeführt. Und auch dort spielt Vohmann mit verschiedenen Gesellschaften die Mittelsperson.

In Spanien besteht eine enge Zusammenarbeit mit dortigen Geschindustrialisten zur Herstellung von U-Boot-Konstruktionen.

Der ständige Verbindungsmann ist der bekannte Killinger, dem ein Sitz von deutschen Marineingenieuren und früheren deutschen U-Boot-Offizieren, darunter der bekannte de la Priere, zur Verfügung steht.

Somit wir unterrichtet sind, ist gegenwärtig Kapitän Vohmann zur Verschleierung dieser Geschäfte vor einer Woche nach dem Süden abgegangen. Er macht, wie Geisler, eine „Erholungsreise“. In diesem Teil der Geheimhaltungen gehören die Lehren und Versuche, die in dänischem Hoheitsgebiet mit Torpedoschiffen und mit Minenwerfern gemacht worden sind. Es handelt sich bei den Vohmann-Unternehmungen dabei jedoch nur um einen Teil aus dem ganzen System der Geheimhaltungen. Vohmann ist dabei in der Weise zu Werke gegangen, daß er eine große Zahl von Gesellschaften gründet, an denen er sich mit gewissen Beträgen beteiligt und in die er Marineoffiziere und Ingenieure hineindelegiert, damit entsprechend den deutschen Ausstattungsbedingungen gearbeitet wird. Es ist dabei kein Zweifel, daß die in Frage kommenden Mächte von diesen Dingen wußten und auch für ihre eigenen Rüstungen profitierten, in Sonderheit aber ist gerade in der letzten Zeit die englische Regierung informiert gewesen. Das ist um so klarer anzunehmen, als gerade bei den Junkerwerken starke englische Beziehungen angeknüpft worden sind. In dem Maße, wie die deutsche Regierung sich politisch vollständig mit den westlichen Regierungen verbindet und ausstehende politische Sicherungen gibt, hofft sie der Schwächung des Versailler Vertrages ledig zu werden und das offen betreiben zu können, was sie an ungenutzten militärischen Rüstungen gegenwärtig noch illegal betreibt, illegal vor allem gegenüber der eigenen werksfähigen Bevölkerung, die man ja gerade bei dieser Affäre in der unerhörtesten Weise zu täuschen versucht, und die Haltung der Sozialdemokratischen Partei, die immer wieder von den Tatsachen abwesent vertritt, um die Regierung mit Hinweis auf Ruhland bedrückt, gibt der gegenwärtigen Regierung, insbesondere dem General Groener, die Möglichkeit, nicht nur den ungeheuren Skandal abzuweichen und zu vertuschen, sondern auch noch sich in das Licht zu setzen, als ob er ausstünde, Gerade sein Bericht, sein Verhalten bei der Beratung des Reichswahlrechts beweisen, daß er die Rüstungen mit noch gefährlicheren Mitteln durchzuführen vermag.

Darum machte der Abgeordnete Hermann Müller-Franken (SPD) den entscheidenden Vorstoß zur Abmilderung der Verhandlungen und gab der Regierung Hilfeleistung, damit sie auf die von den verfallenen Seiten gestellten Fragen nicht zu antworten brauche, indem er schließlich einen Unterschuß mit der Unterzeichnung der einzelnen Tatsachen zu betonen. Müller-Franken hatte vor allem, die kommunikativen Darlegungen als Lügen und als frei erfunden hinzustellen, obwohl aus den Angaben, insbesondere des Abgeordneten Heimg (SPD) hervorgeht, daß in den vertraulichen Verhandlungen, an denen Heimg teilgenommen hat, über diese Dinge, nämlich die militärischen Rüstungen, gesprochen worden ist.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde dann die Beratung mit den Stimmen aller Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgebrochen und in einen Unterschuß verlegt.

Weitere Hehe gegen Sowjetrußland

Die bürgerliche Presse legt ihre Hehe gegen die Sowjetunion wegen der Verhaftung der deutschen Ingenieure weiter fort. Ein Teil der Presse behauptet, daß es sich um Missetat untergeordneter Organe handle. Andere Zeitungen schreiben, die Sowjetunion habe die Verhaftungen vorgenommen, um innenpolitische Schwierigkeiten abzulösen. Die Germania droht, daß durch das Vergehen der Sowjetregierung die „freundlichen Beziehungen Deutschlands“ verletzt werden.

Die Abendblätter melden aus Moskau, daß der Prozeß gegen die A.G.S.-Ingenieure Ende April stattfinden werde. Die Anklage sei erhoben wegen Verhülfe zur Sabotage und Zerstörung im Auftrage ausländischer Kapitalgruppen und ehemaliger Verfechter.

Außer den 6 Reichsdeutschen seien noch 12 Sowjetstaatsangehörige verhaftet worden.

Max Hoelz über die Amnestie

Berlin, 14. März. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Höllein erhielt heute folgendes Telegramm vom Genossen Max Hoelz, der die Amnestie-Debatte in der letzten Reichsausschüttung des Reichstages und die erbärmliche Haltung der Sozialdemokraten zur Amnestiefrage wie alle anderen politischen Vorgänge stetig verfolgt. Das Telegramm lautet:

„Sonnenburg (Neumark).

Habe im Vorwärts den Artikel „Kommunisten für Nennmörder“ gelesen. Bin empört über das Verhalten der sozialistischen Fraktion in der Amnestiefrage. Betrachte Stellungnahme der sozialistischen Fraktion als neue Schelung, um proletarische Gefangene in den Kerker zu lassen und Arbeiter zu täuschen, da sozialistische Fraktion genau weiß, daß Amnestie ohne Remerle keine Mehrheit bekommt.

Ich billige Auspruch „Die Nennmörder sind nur eine Bagatelle gegenüber den aus Proletariat Verhafteten“. Ich weiß bestimmt, daß alle Genossen gleicher Ansicht sind. Gleiches Telegramm ging an sozialistische Fraktion.

Grüß Max Hoelz.“

An alle Erwerbslosen und Reichslandsarbeiter!

An alle Betriebsarbeiter Ostfischens!

Am 31. März ist das Schandgesetz, genannt Arbeitslosenversicherungsgesetz, ein halbes Jahr in Kraft. Tausende und aber Tausende von Erwerbslosen sind durch dieses Gesetz jeder Unterstützung beraubt und dadurch mit ihren Familien dem größten Elend preisgegeben. Weitere Zehntausende werden nach den Bestimmungen des Gesetzes, sobald sie arbeitslos werden, keine Unterstützung erhalten. Am 31. März laufen die Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung ab, und werden dadurch weitere

300.000 Erwerbslose

jeder Unterstützungsmöglichkeit beraubt. Der Reichsausschuß der Erwerbslosen hat beschlossen, zum Zeichen des Protestes gegen dieses Gesetz erneut zu demonstrieren. Es gilt, gegen dieses Erwerbslosen-Verleumdungsgesetz Sturm zu laufen und die Massen der Erwerbslosen und Betriebs-tätigen zum erneuten Protest zu mobilisieren. Der Reichsausschuß und der unterzeichnete Kreis-ausschuß der Erwerbslosen ruft deshalb die Erwerbslosen und Betriebs-tätigen Ostfischens für Dienstag den 27. März 1928 zu einem

Reichserwerbslofentag

aus. In allen Orten Ostfischens, wo Erwerbslosenausschüsse bestehen, vor allem an dem Sitz der Arbeitsämter, müssen an diesem Tage große Kundgebungen gegen den Unterdrückungsraub durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz durchgeführt werden. Alle Erwerbslosen müssen an diesem Tage für die alten Forderungen demonstrieren:

Sinweg mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz! Her mit der Erwerbslosenversicherung! Für eine ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit!

Alle Betriebs-tätigen fordern wir auf, nach Arbeitsloshaus an den Kundgebungen der Erwerbslosen teilzunehmen, denn jeder arbeitende Proletarier kann schon morgen zum großen Heer der Erwerbslosen zählen.

Kreis-ausschuß der Erwerbslosen Ostfischens.

Gemeinsamer Maiaufmarsch in Birna

Auch im Birnaer Wirtschaftsbezirk zeigt sich, daß die Arbeiterklasse nicht länger gewillt ist, sich der Unterwerfung unter die kapitalistische Nationalisierung zu unterwerfen. Die kapitalistische Nationalisierung, die auf Kosten der breiten Massen durchgeführt wurde, hat, wie allermächtig, so auch hier, den Arbeitern die Augen geöffnet und sie zur Befreiung gebracht. Sie wollen der verächtlichen Unterwerfung unter die Parolen bieten und wollen vor allem auch nach außen hin dies demonstrieren zum Ausdruck bringen. So hat auch die kommunistische Partei die Anträge der verschiedenen Arbeiterorganisationen gemeldet, die von uns verlangten, daß die Parteien und Gewerkschaften alles daran setzen sollten, daß für dieses Jahr

eine einheitliche Maiaufmärschgebäude

zustande komme. Die haben unserer Meinung nach auch ein Recht, zu erfahren, wie sich nun die üblichen Organisationen zu dem Wunsche der Arbeiter eingestellt haben. Ja, mehr noch, in fast allen Anträgen sind außer dem ADGB auch beide Parteien erwähnt worden, an der Durchführung und an der Vorbereitung mitzuwirken, beziehungsweise ihre Stellung hierzu bekanntzugeben. Wir als Kommunisten haben die Stellungnahme der Arbeiter begrüßt und unsere diesbezügliche Bereitwilligkeit dem ADGB als auch der SPD unterbreitet.

Der ADGB-Ortsausschuß Birna hat am 26. Februar zur Frage des 1. Mai Stellung genommen. Einem Bericht der Birnaer Volkszeitung vom 28. Februar entnehmen wir hierzu folgendes:

Weiter wurde beschlossen, die diesjährige Maifeier durch den Ortsausschuß zu veranstalten, und die übrigen Arbeiterorganisationen aufzufordern, auf ihre Mitglieder dahingehend einzuwirken, daß sie sich als Gewerkschafter an dieser Feier beteiligen. Es gilt, dem Bürgertum zu zeigen, nicht daß eine große Zahl von Vereinen, Verbänden und Parteien als Arbeitervereine existieren, sondern daß die Arbeiterklasse eine Macht ist, wenn sie sich zur Verfolgung eines Zieles zusammenschließt. In das Mai Komitee soll jede der angeschlossenen Gewerkschaften ein Mitglied delegieren.

Somit der Bericht aus der Birnaer Volkszeitung. Warum dieser offizielle Bericht nur in der Volkszeitung, nicht aber auch in der Arbeiterstimme zu lesen ist, wollen wir hier ganz unverzerrt sagen, auch das Zurückhalten des Antrages der Freidenker von Coppy soll hier nur ganz nebenbei mit erwähnt werden. Nur uns ist das Wesentliche, daß die Delegierten dieses Jahr, wie wir hören, einstimmig diesen Beschluß gefaßt haben. Bisher wurden die diesbezüglichen Anträge anderer Gewerkschaften immer abgelehnt. Noch im vorigen Jahr mit 24 gegen 12 Stimmen bei 20 Enthaltungen; so ist aus dem obigen Ergebnis doch immerhin ersichtlich, daß die kapitalistische Nationalisierung mit ihrer Begleiterscheinung, nämlich die Auspörierung der breiten Massen, einen wachsenden Widerstand auch bei der diesjährigen Arbeiterklasse erzeugt hat. Dies gilt es, festzuhalten und der Arbeiterklasse begreiflich zu machen, damit sie lernt, den verächtlichen Angriffen der Unternehmer einen ebenbürtigen Widerstand entgegenzusetzen. Die Generalangriffe der deutschen Bourgeoisie zeigen uns doch, daß sich die Arbeiterklasse nicht nur beugen darf, den Kampf gegen den einzelnen oder nur gegen eine Gruppe von Unternehmern zu führen, sondern unser Ziel muß es sein, den wachsenden Willen der Arbeiterklasse gegen das gesamte kapitalistische System zu richten.

Wenn in diesem Sinne das noch zusammenzusetzende Mai-Komitee arbeiten will, so sei ihm im Voraus schon unsere Unterstützung zugesichert. Anlässigst! Denn die uns bevorstehenden Kämpfe, an das von uns angeordnete Ziel, hierzu muß uns jeder Arbeiter und Werkstätige willkommen sein. Die Hauptaufgabe muß sein: jeder Arbeiter und jede Arbeiterin demonstrieren den Willen zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterklasse und ihre Unterdrücker. Arbeitet das Komitee in diesem Sinne, dann wird auch die Werbestärke der Gewerkschaften bei den Arbeitern ihre Würdigung finden, und es dürfte auch eine besser organisierte Belegschaft im Betrieb Kämpfer bald wieder vorhanden sein. Wird der Zusammenschluß der Arbeitermassen mit dem Kampf für die Klassenpolitik verbunden, so finden die Kommunisten immer bereit, mitzuarbeiten mit allen Kräften, ganz gleich, welche Schwierigkeiten der Arbeit entgegenstehen.

Aber auch ganz unverblümt sagen wir: Dort, wo die Einheitsfront unter Kritik freudig zu beinhalten beginnt, dort, wo man die revolutionären Arbeiter in den reformistischen Sumpf hineinzuziehen versucht, dort, wo die Einheitsfront als Deckmantel für die sozialdemokratischen und reformistischen Machinationen dient, da muß dieser „Einheitsfront“ im Interesse der Arbeiterklasse eine andere, revolutionäre, entgegengesetzt werden. Daß diese unsere Meinung von der Arbeiterklasse verstanden und gewürdigt wird, zeigt die Beteiligung der diesjährigen Maifeier. Selbst auch dann, wenn die SPD-Führer und ihre Hintermänner glauben sollten, weil sie den Volksheerhaufen belegen haben, würde bei getrennten Feiern die revolutionäre Arbeiterklasse keine Kundgebung zugeben bringen, so hat auch die Vergangenheit schon gelehrt, daß die Arbeiterklasse es schon früher, 1928 aber um so mehr, begriffen hat, wo sie hingehört. Der Beschluß des Birnaer Ortsausschusses zeigt doch klar, daß die Mehrzahl der sozialdemokratischen Arbeiter im Gegensatz zu den SPD-Führern stehen, die sich gegen eine gemeinsame Maiveranstaltung ausgesprochen haben und die durch ihre betriebliche Arbeitgemeinschafts- und Koalitionspolitik die Zurückdrängung der Arbeiterklasse verschuldet haben. Auch die Führer des hiesigen Ortsausschusses haben in dieser Richtung tatkräftig mitgearbeitet, das sollten auch die Arbeiter am 1. Mai 1928 nach nicht vergessen. Insbesondere hat aber gerade deshalb die vorbereitende Mai-Kommission eine ungeheure Verantwortung der Arbeiterklasse gegenüber zu tragen. Schon allein aus diesem Grunde hat die breite Öffentlichkeit ein großes Interesse daran, zu erfahren, welches Ziel sich der Vorstand des ADGB gestellt hat, und welchen Charakter die Maiaufmärschgebäude für 1928 tragen soll.

Will der ADGB die Voraussetzungen für eine mächtige und eindringende Maidemonstration schaffen, so kann das nicht durch Ignorieren der Antragsteller bei den zu treffenden Beratungen geschehen. Das sollte sich auch der Vorstand des Ortsausschusses Birna ein für allemal hinter die Ohren schreiben.

Die SPD lehnt gemeinsame Maifeier ab, weil — Wahlen bevorstehen!

Köschendroba. In der gemeinsamen Versammlung der in Köschendroba bestehenden Vereinigung aller Sport- und Arbeiterorganisationen, welche am Dienstag dem 6. März in der Kaiserbrauerei stattfand, wurde als der wichtigste Punkt die Maifeier zuerst behandelt. Die Frage einer gemeinsamen Maifeier hatte den Vorstand und eine Vollversammlung bereits einmal beschäftigt, weil die Vertreter der SPD erklärt hatten, sie würden wie im vergangenen Jahre mit der SPD eine gemeinsame Maifeier zu veranstalten, ablehnen. Aus diesem Grunde hatte die letzte Vollversammlung beschlossen, die Frage an die Vereine zurückgehen zu lassen, damit die Mitglieder dazu Stellung nehmen könnten, was auch geschah. Der Vorsitzende, Sportgenosse Vinacke, führte am Eingang seiner Rede aus, daß die heutige Vollversammlung jedenfalls die Entscheidung

hunde der Vereinigung sein würde, da der Zweck der Vereinigung, die gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse zu fördern, durch ein solches Vorgehen in einer so wichtigen Frage wie die Maifeier, von einer der Vereinigung angeschlossenen Organisation unberührt gemacht und daher ein Weiterbestehen der Vereinigung zwecklos sei. Als Vertreter der Abfahrer erklärte er, daß sie es unter diesen Umständen ablehnen, als Organisation sich an einer Maifeier, die nicht die geschlossene Arbeiterklasse veranlaßt, zu beteiligen. Genosse Leibniz von der SPD gab die Gründe bekannt, warum sie keine gemeinsame Maifeier haben wollen, so sollen im vergangenen Jahre zur Maifeier gefaßte Beschlüsse von Seiten der SPD nicht gehalten worden sein, auch künden die Wahlen bevor, und da wäre es unmöglich, mit der SPD gemeinsame Demonstrationen zu veranstalten. Außerdem verfuhr er, die Anwesenden damit für sich einzufangen, daß er einen angeblichen § 8 des kommunistischen Parteistatuts vorlas, woraus hervorging, daß die kommunistische Partei verbot, die Organisationen für ihre Parteinteressen zu gewinnen. Die Ausführungen des SPD-Mitgliedes lösten eine lebhafteste und erregte Debatte aus. Andere Genossen Küffel, Woggenstein und Leißner wiesen in klarer aber klarer Form die Verdächtigungen zurück und erklärten, daß es der SPD nicht auf eine Einigung der Arbeiterklasse ankommt, um die heutige bürgerliche Gesellschaft zu stützen, sondern durch fortwährenden Verrat von Seiten der Partei, und Gewerkschaftsführer an den Interessen der Arbeiterklasse, wie die letzten Streiks zur Genüge bewiesen, ihre Koalitionspolitik weiterbetreiben, um einer kleinen Schicht Führer in der heutigen Gesellschaft ein herrliches Leben zu sichern. Aus diesem Grunde verweisen sie die Arbeiterklasse auf den Stimmentzettel, um sie dadurch vom Klassenkampf abzuhalten. Von allen weiteren Debattenrednern, wozu ein Teil selbst SPD-Mitglieder waren, wurde das Vergehen der SPD-Vollversammlung am 1. Mai verurteilt, und ausgeführt, daß sie ihrer Partei einen Bärendienst geleistet, was sich bei den nächsten Wahlen auswirken würde. Es wurde ausgeführt, daß die Vereinigung solange im Interesse der Arbeiterklasse gearbeitet habe, bis es der SPD gelungen sei, ihre bis dahin tätigen linken Vertreter durch die heutigen Genossen Küffel hatte beantragt, von der Vereinigung nun eine Maifeier zu veranstalten, ohne SPD; dieser Antrag wurde mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Es wurde von verschiedenen Rednern der Organisationen darauf hingewiesen, wenn sie dafür gestimmt, wären die Vereine auseinandergefallen, weil ja alle Richtungen in den Vereinen vertreten seien. Aufgabe unserer Genossen in den Vereinen muß es sein, die arbeitserfreundliche Handlungsmasse der SPD-Führer zu kennzeichnen und dahin zu wirken, daß der Anspruch eines Sportgenossen, der der SPD selbst noch nahesteht: Der könnt eure Maifeier mit einem Widerstand ohne feiern zum Gaudium der Köschendrobaer Bürger, Wahrheit wird. Die belächelte Vereinigung ist durch den Willen der SPD verschlagen, hoffen wir, daß die Klassenbewusste Arbeiterklasse die Lehre daraus zieht und diesen Zerplitterern der Arbeiterbewegung die richtige Antwort gibt.

Die Lehren des Kampfes der Hüttenarbeiter

Kretsch. Am kommenden Freitag findet in Arles Galtorf, Arles-Galtorf, 1929 Uhr, eine öffentliche Solidaritätskundgebung der IAB. Das Thema der Versammlung lautet: „Die Lehren des Kampfes der Hüttenarbeiter und die Bedeutung der IAB.“ Im Anschluß daran wird, wie uns mitgeteilt wird, eine Verteilung von Lebensmittelpaketen für die ausgesperrten Hüttenarbeiter folgen. Die Bedeutung dieser Versammlung verpflichtet die Arbeiterklasse, diese Versammlung zu einer wichtigen Kundgebung für den Gedanken der proletarischen Solidarität und die IAB zu gestalten.

Schlimme Zustände im Arbeitsamt Heidenau

(Arbeiterkorrespondenz)

Seitdem der Arbeitsnachweis Heidenau die Bezeichnung „Arbeitsamt“ erhalten hat und der gesamte Verwaltungsapparat in dem neu erbauten Verwaltungsgebäude untergebracht wurde, trägt der Geschäftsführer des Arbeitsamtes, Schwenzien, seinen Kopf besonders hoch und ist für rat und rechtliche Erwerbslos ist unerschrocken geworden. Es ist wohl möglich, daß Herr Schwenzien glaubt, kein Stolz und keine übertriebene Unnahbarkeit könne besser in den Rahmen seiner neuen Umgebung.

Wie sich dieses Verhalten des Herrn Geschäftsführers auf die Erwerbslosen auswirkt, soll nachstehend näher beleuchtet werden.

Freitags, zur Zeit der Unterstützungszahlung, stehen Mitglieder des Erwerbslosen-Ausschusses vor dem Gebäude des Arbeitsamtes und verkaufen die bekannten Zeittagsmarken für die Erwerbslosenbewegung. Gleichwohl nimmt Herr Schwenzien es mit der Erfüllung seiner dienstlichen Pflichten sehr genau. Ob sich letztere auch auf die Beobachtung der umliegenden Bepflanzung und Wege erstreckt, ist nicht bekannt. Viel eher gelangt man jedoch zu der Annahme, daß die Tätigkeit des Erwerbslosen-Ausschusses Herrn Schwenzien nicht sehr genehm ist, weshalb er auch wohl die Mitglieder des Erwerbslosen-Ausschusses in brüskem Tone auffordert, sich von dem Gelände des Arbeitsamtes zu entfernen.

Bei einer geplanten Erwerbslosen-Versammlung

bediente sich der Erwerbslosen-Ausschuß eines Anklagungsplatens, das er zur besseren Kenntnisnahme am Gartensaum des Arbeitsamtes anbrachte. Daß der Gartensaum durch die Anbringung des genannten Plakates irgendwie beschädigt wurde, ist wohl nicht gut anzunehmen. Jedenfalls läßt aber dieser unheimliche Anschlag auf Herrn Schwenzien darauf erregend zu wirken, wie ein totes Tier auf den Stier. Er postierte einen Angestellten an einem Fenster des Arbeitsamtes, und dieser hatte die Aufgabe, eine günstige Gelegenheit zur Enttarnung des Anschlagers zu erlangen. Im geeigneten Moment erschien dann auch Herr Schwenzien, rief den Anschlag ab und warf ihn auf die Straße.

Den alleinstehenden Erwerbslosen

wurde als Aufenthaltsraum während der kalten Wintermonate vom Vorstehenden des Verwaltungsausschusses eine Wärmeleuchte im neuen Arbeitsamtsgebäude zugesichert. Der Wohlfahrtsausschuß bewilligte dann auch für die Unterhaltung dieser Wärmeleuchte einen Jahresbeitrag von 600 RM. Herr Schwenzien, der im neuen Arbeitsamt keine Dienstwohnung inne hat, schenkt die Wärme der Kerzen aller Erwerbslosen sehr entgegenkommend zu finden, weshalb er sich mit aller Entschiedenheit gegen die Einrichtung einer Wärmeleuchte ausspricht und mit Protest beim Landesarbeitsamt droht. Schlichtig gelang es ihm auch,

Die Einrichtung der ungesicherten Wärmeleuchte zu unterbinden

Da sich jedoch die alleinstehenden Erwerbslosen bei der grimmigen Kälte unmöglich auf der Straße aufhalten konnten, so ließen sich dieselben einwilligen auf den Wänden im sogenannten „Kontrollraum“ nieder. Da es sich um ausschließlich um ältere gebrechliche Arbeiter handelt, so erlitten prompt der tapfer Herr Schwenzien, läßt die Kerzen kurz entzünden beim Kern, so daß von den Wänden herunter und über dieselben einfach ein Lat hinaus ins Freie. Soweit mußte sich der Herr nachhaken.

Zur Weihnachtsfeier

wollten verschiedene junge Erwerbslose nach Hause fahren und

Bildvortrag über die Pariser Kommune

Kleinernewig. Die Pariser Kommune zeigte der Bildvortrag, den Genosse A. Spengler am Sonntagabend dem 10. März im Galtorf hielt. Das Aufleben der wirtschaftlichen und politischen Bedingungen des Entstehens der Pariser Kommune und deren Zusammenbruch und Niederlage durch Dreyfus und sein Werkzug Galtorf brachte den anwesenden Genossen viel Neues — aber auch Bekanntes. Die Anwesenden sahen, daß die „Novemberrevolution“ ihre Vorläufer gehabt haben und daß die Methoden des Verrats und der brutalen Niederschlagung (1918 bis 1919) der Arbeiter schon 1871 angewendet worden sind. Gute Gedächtnisse wurden von den Genossen der kommunistischen Jugend vorgetragen, das Zusammenwirken der Streikstapel war ausgezeichnet. Ein Dresdner Parteigenosse übernahm der kommunistischen Jugend eine Stummfilm mit dem Titel: „Die rote Fahne“ Symbol des proletarischen Klassenkampfes. Daß die rote Fahne Symbol des proletarischen Klassenkampfes sei. Die kommunistische Jugend wird immer eingebend des Spruches sein: „Wir tragen rote Fahnen, wir wollen selber rote Fahnen sein!“

Die kommunistische Jugend muß und wird dafür sorgen, daß dieser Gedanke auch in die Köpfe und Herzen der dem proletarischen Befreiungskampf noch fernstehenden Jungarbeiter getragen wird. Dieser Abend wird dazu beitragen haben. Die roten Marschpflaster mahnen! Die Jugend ist sich ihrer Aufgaben bewußt. Und, der Tag wird kommen, da die Arbeiterbataillone marschieren werden! Sie werden dann gelernt haben, ihre Feinde vernichtend zu schlagen.

Wanten. Ein Werbestück des Wareneinkaufvereins läuft jetzt im Zentraltheater und zeigt die Einrichtungen der Genossenschaftsbewegung. Wir machen an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam auf die Vorstellungen am Sonntag den 18. März 10 Uhr; Montag den 19. März 10 Uhr. Jeder Arbeiter sollte sich diesen Film einmal ansehen, wenn es ihm die Zeit erlaubt. Es sind dies die letzten Vorstellungen, der Eintritt ist frei. Karten sind in den Verkaufsstellen zu haben.

Zonsdorf. Der gültige Herr Pfarrer! Sehr gern berichten die Kirchenblätter darüber, wie ein Freidenker in seiner letzten Stunde den Weg zu Gott zurückgefunden habe. Wenn der Zeitende dann ist, wird die schönste Schauergerichte geschrieben. Ein solches Beispiel sollte auch in Zonsdorf kultiviert werden. Bei einem Genossen, der schwer krank darniederliegt, erlitten dieser Tage der Herr Pfarrer. Etwas aus christlicher Nächstenliebe? Bei unserem Genossen in Zonsdorf war es diesmal allerdings vergebliche „Liebesmüh“. Obwohl die Frau unseres Genossen dem Herrn Pfarrer sagte, daß er doch den Kranken in Ruhe lassen solle, da dieser zu schwach sei, um mit ihm über religiöse Fragen sprechen zu können, ließ sich der Pfarrer jedoch nicht abweisen, sondern ging zu dem Kranken hinein. Dem Kranken gegenüber fing er an, von dem alleinigen Christus zu erzählen. Er bekam aber von unserem kranken Genossen gleich die richtige Antwort. Dieser sagte ihm, daß er sich darüber wundere, daß der Herr Pfarrer auf einmal den Weg zu ihm gefunden habe. Er möchte doch schon sehr lange im Ort, aber stets habe der Pfarrer einen großen Bogen um sein Haus gemacht. Jetzt, da der Pfarrer denke, er sei nicht mehr im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte, komme er und wolle verlassen, nach etwas für die Kirche herauszuholen. Wenn ein solcher Mensch nur ein fallendes Wort sagt, dann wird das sofort gegen die Arbeiterbewegung benutzt. Unser Genosse sagte ihm auch, was es mit dem alleinigen Christus auf sich hat. Als die Frau unseres Genossen sah, daß dieser sich zu sehr aufregte, hielt sie ihn abnormals gehen. Aber es hörte der Aufforderung wahrheitslieblich nicht mehr bedürft, denn der Pfarrer war froh, daß er nach dieser Unterredung wieder gehen konnte. Er sagte, daß er noch einmal wiedererkennen wollte, und verdammt. Hoffentlich wartet er, bis unser Genosse wieder gesund ist, dann wird ihm dieser gern noch weiteres über die Kirche und ihre Handlung erzählen. Bemerkenswert ist, daß nach dem Pfarrer noch ein Vertreter einer heiligen Sekte mit denselben Absichten wie der Pfarrer zu unserem Genossen gekommen ist. Wenn der Löwe im Sterben liegt, dann betrauen sich die Schafale heran. In diesem Falle haben sie allerdings einen Frankenschub bekommen, an den sie noch lange denken werden.

Zonsdorf. Der gültige Herr Pfarrer! Sehr gern berichten die Kirchenblätter darüber, wie ein Freidenker in seiner letzten Stunde den Weg zu Gott zurückgefunden habe. Wenn der Zeitende dann ist, wird die schönste Schauergerichte geschrieben. Ein solches Beispiel sollte auch in Zonsdorf kultiviert werden. Bei einem Genossen, der schwer krank darniederliegt, erlitten dieser Tage der Herr Pfarrer. Etwas aus christlicher Nächstenliebe? Bei unserem Genossen in Zonsdorf war es diesmal allerdings vergebliche „Liebesmüh“. Obwohl die Frau unseres Genossen dem Herrn Pfarrer sagte, daß er doch den Kranken in Ruhe lassen solle, da dieser zu schwach sei, um mit ihm über religiöse Fragen sprechen zu können, ließ sich der Pfarrer jedoch nicht abweisen, sondern ging zu dem Kranken hinein. Dem Kranken gegenüber fing er an, von dem alleinigen Christus zu erzählen. Er bekam aber von unserem kranken Genossen gleich die richtige Antwort. Dieser sagte ihm, daß er sich darüber wundere, daß der Herr Pfarrer auf einmal den Weg zu ihm gefunden habe. Er möchte doch schon sehr lange im Ort, aber stets habe der Pfarrer einen großen Bogen um sein Haus gemacht. Jetzt, da der Pfarrer denke, er sei nicht mehr im vollen Besitz seiner geistigen Kräfte, komme er und wolle verlassen, nach etwas für die Kirche herauszuholen. Wenn ein solcher Mensch nur ein fallendes Wort sagt, dann wird das sofort gegen die Arbeiterbewegung benutzt. Unser Genosse sagte ihm auch, was es mit dem alleinigen Christus auf sich hat. Als die Frau unseres Genossen sah, daß dieser sich zu sehr aufregte, hielt sie ihn abnormals gehen. Aber es hörte der Aufforderung wahrheitslieblich nicht mehr bedürft, denn der Pfarrer war froh, daß er nach dieser Unterredung wieder gehen konnte. Er sagte, daß er noch einmal wiedererkennen wollte, und verdammt. Hoffentlich wartet er, bis unser Genosse wieder gesund ist, dann wird ihm dieser gern noch weiteres über die Kirche und ihre Handlung erzählen. Bemerkenswert ist, daß nach dem Pfarrer noch ein Vertreter einer heiligen Sekte mit denselben Absichten wie der Pfarrer zu unserem Genossen gekommen ist. Wenn der Löwe im Sterben liegt, dann betrauen sich die Schafale heran. In diesem Falle haben sie allerdings einen Frankenschub bekommen, an den sie noch lange denken werden.

Schlimme Zustände im Arbeitsamt Heidenau

hatten zu diesem Zwecke vom Vorstehenden des Verwaltungsausschusses für zwei Stempeltage Urlaub erbeten und erhalten. Herr Schwenzien, welcher es mit seinem guten Herzen nicht auf vereinbaren konnte, diesen armen Proletariern eine kleine Weihnachtsfeier im Kreise ihrer Familien bereiten zu lassen, sperre ohne jegliche Begründung kurzerhand diesen bewilligten Urlaub, so daß diese Erwerbslosen in Heidenau bleiben mußten, wenn sie nicht der Unterbringung verlustig gehen wollten.

Aus Vorstehendem geht doch allzu deutlich die Einstellung des Herrn Schwenzien hervor. Nicht uninteressant ist es aber auch, die Vergangenheit dieses Herrn kurz zu streifen. Er war noch eifriger, aber ein unbedeutender Werkstattschreiber im Schmalwerk, Niederelb. Nachdem er dann einige Zeit lang regelmäßig keine Stempeltage zum Arbeitsnachweis trug, war er plötzlich — niemand weiß, wie sich dies zugezogen hat — Geschäftsführer des Arbeitsamtes.

Tatsache ist es, daß Herr Schwenzien während seiner bisherigen Tätigkeit — soweit überhaupt von Tätigkeit gesprochen werden kann — nicht das Mindeste zur besseren Abwicklung der Dienstgeschäfte und zur Verbesserung des jetzt äußerst mangelhaft arbeitenden Verwaltungsapparates beigetragen hat. Er hat bisher die Erfüllung seiner Dienstpflichten ausschließlich in der Schöpfung der Erwerbslosen und in Dienstfahrten mit dem ihm zur Verfügung stehenden Auto, welches ganz zwecklos aus Reichsmitteln angeschafft wurde.

Daß die Arbeitsmethoden und Arbeitsleistungen im Arbeitsamt Heidenau unter einer solchen Leitung nicht besser sein können, geht aus folgendem hervor:

Eine Anzahl Erwerbsloser war am 17. Februar bereits ausgekurtet. Diese Ausgekurteten hatten davon keine Ahnung und seitens des Arbeitsamtes wurde denselben auch keine diesbezügliche Mitteilung gemacht. Man ließ dieselben weiter zur Kontrolle kommen und bei der folgenden Ausschüttung wurde die Zahlung der Unterstützung verweigert, mit dem Bemerkens, daß die Unterstützungszeit verstrichen sei. Dadurch wurden diese Ausgekurteten nicht nur jeglicher Erlösquelle beraubt, es war auch nachso eine Frist von einer Woche verstrichen, in welcher die Ausgekurteten Anträge auf Weiterzahlung bzw. auf Unterstützung aus Wohlfahrtsmitteln hätten stellen können. Man weiß nicht recht, ob man ein solches Verhalten des Arbeitsamtes Heidenau als Saumseligkeit oder Böswilligkeit ansprechen soll; jedenfalls sind doch die betreffenden Erwerbslosen schwer geschädigt worden.

Wird in jeder Woche werden bei der Unterstützungszahlung neue Methoden eingeführt, welche sich absolut nicht bewähren. Der Erwerbslose wird dabei in fast undormahiger Weise als Verluhschiff benützt und hat das Vergnügen, stundenlang warten zu müssen.

Es würde zu weit führen, wollte man hier die vielen übrigen Missetaten und Auswüchse näher besprechen. Jedenfalls steht unumstößlich fest, daß das Arbeitsamt Heidenau in keiner jeglichen Konstitution ein völliger Verfall ist. Ueber die Abwehr der Schikane wird noch nicht das letzte Wort gesprochen sein.

Heidenau, Freitag den 16. März findet im Fremdenhof Deutsches Haus eine große Wandungsbildung der Kassen Jungfrauen. Alle Kassenmitglieder der Kassen sind eingeladen, diese Wandungsbildung zu besuchen. Zeit, Freitag, 19. März, Anfang 10 Uhr.

Jugendschutz und Jugendrecht

Von Rubi Hajek

Anschließend an die Beratung der Jugendschutzforderungen im sächsischen Landtag führen die Gewerkschaften, die Sozialistische Arbeiterjugend, das Arbeiterparlament usw. in Sachsen eine Jugendschutzkampagne. In Dresden fand bereits eine Versammlung statt. Für den 18. März rufen dieselben Organisationen zu einer Demonstration auf. Die Gewerkschaftsjugend und die anderen daran beteiligten Organisationen lassen dazu ein Flugblatt mit Forderungen verteilen, die in der Linie der von den reformistischen Gewerkschaftsführern gepredigten Jugendschutzforderungen liegen — von Klassenkampf, von Kampfforderungen ist keine Rede. Wie sollte es auch anders sein, wenn diese Organisationen dem reaktionären Landesausschuss der deutschen Jugendverbände angeschlossen sind und dessen Politik in jeder Beziehung decken? Nicht einmal die Forderung des Schutzes und der Erhaltung der Jugend, die 1921 von der „Ersten Konferenz zur Bekämpfung gewerkschaftlicher Jugendfragen“ in Kassel aufgestellt und neu der 2. Konferenz 1922 in Leipzig wiederholt wurde, ist unter den neuesten Jugendschutzforderungen der Dresdner KJ.V.D. enthalten. Doch sehen wir uns die Forderungen selbst einmal an:

1. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder.
2. Elementarpflicht bis zum Beginn der Zulassung der Erwerbsarbeit.
3. Schaffung von Berufsschulen.
4. Regelung der Berufsausbildung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmer.
5. Ausdehnung der Schutzzimmungen für alle jugendlichen Arbeiter und Angehörigen bis zum vollendeten 18. Lebensjahre.
6. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 45 Stunden, eintäg. des Sabbatruhe und der Zeit, die für Aufbaumassnahmen benötigt werden könnte.
7. Sonnabendmittag Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe — Verbot der Nacharbeit für Jugendliche.
8. Mindestens 3 Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche, eintäg. Vorkurs unter 16 Jahren, und 2 Wochen bezahlte Ferien für Jugendliche bis zu 18 Jahren und Vorkurs über 18 Jahre.
9. Fortbildungszuschüsse und Ausbildungsmaßnahmen für erwerbsfähige Jugendliche.
10. Für Dresden als dem Ausgang der sächsischen Wanderarbeiter: Schaffung eines Hauses der Jugend, ausreichende Jugendherbergen; Schaffung von Wohnheimen.
11. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zur Jugendpflege.

Ein großer Teil der Forderungen ist bereits im Landtag angenommen worden, z. B. die Forderung 3: Ausdehnung der Jugendschutzbestimmungen; Forderung 7: Ab Sonnabendmittag Arbeitsruhe, Verbot der Nacharbeit; Forderung 8: 3 Wochen Ferien unter 16 Jahren, 2 Wochen Ferien von 16 bis 18 Jahren. Wir haben schon genug davon, daß die Regierung diese Forderungen nicht durchführt wird. Selbst der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dohbert erklärte, daß er um die Forderungen auf außerparlamentarischen Wege gekämpft werden muß, man solle sich bezüglich der Durchführung keiner Illusion hingeben. Die Führer der Gewerkschaften, KJ.V.D. und Jungsozialisten, Linke und rechte Coleur, versuchen mit einer einmaligen Demonstration in den Wochen den Gedanken zu wecken, als seien sie für außerparlamentarische Aktionen. Das ist demüthigende Täuschung! Doch darauf gehen wir noch später ein.

Andere Forderungen, wie z. B. die zweite und dritte und Forderungen nach Maßnahmen, die schon längst durchgeführt werden. Elementarpflicht besteht in ganz Deutschland. Wozu braucht man darum noch zu kämpfen? Aber hinter dieser Forderung verbirgt sich die Forderung auf Verlängerung der Schulzeit. Das ist eine Forderung, die nur auf Kosten der proletarischen Elternschaft durchgeführt werden wird, wir wenden uns ganz entschieden dagegen, daß die Gewerkschaftsmitglieder für eine derartige Forderung demonstrieren sollen. Die vierte Forderung behandelt die Regelung der Berufsausbildung. Wir fordern die Regelung der Berufsausbildung unter Kontrolle der Gewerkschaften, nicht unter „gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmer“. Interessant ist in jeder Beziehung die sechste Forderung. Hier wird eine 45stündige Arbeitswoche für Jugendliche verlangt, während im Landtag die Sozialdemokraten mit den Kommunisten zusammen für die 42-Stundenwoche eingetreten sind. Der D.M.B. fordert z. B. beim Tarifabschluss schon die 44 1/2 Stundenwoche für die erwachsenen Arbeiter, während die Dresdner KJ.V.D. Sekretäre für jugendliche Arbeiter 45 Stunden fordern. Wo bleibt hier die alte Forderung der Gewerkschaften vom 6-Stundentag für Jugendliche? Bei der Ferienfrage ist es dasselbe. Die alte Forderung lautet vier Wochen Ferien für jugendliche Arbeiter, während sich die Dresdner KJ.V.D. darauf beschränkt, die Forderungen des „Landesausschusses der deutschen Jugendverbände“ aufzustellen.

Der völkergemeinschaftliche Charakter der ganzen Forderungen offenbart sich deutlich in der neunten und zehnten Forderung. „Schaffung eines Hauses der Jugend“ bedeutet nichts anderes, als daß entsprechend dem Vorbild des „Landesausschusses der deutschen Jugendverbände“ alle Klassen der Jugend in trauter Harmonie von Stahlhelm, Bismarckjugend, Nationalsozialisten, Königin-Luise-Fund bis zur KJ.V.D., der K.M.J., den Naturfreunden und den Sportlern zusammenkommen, um den großen völkergemeinschaftlichen Tag zu feiern. Wir sind überzeugt, daß die Mitglieder der proletarischen Organisationen diese Politik durchsetzen und nicht mitmachen werden.

Für die erwerbslosen Jugendlichen empfehlen die KJ.V.D. Kurzarbeit und die „Linke“ KJ.V.D. Führer nichts anderes als Fortbildungszuschüsse und „Ausbildungsmaßnahmen“. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und vor allem die Gewerkschaftsführer haben die Abschaffung der Erwerbslosenfürsorge und die Einführung der Arbeitslosenversicherung als einen Fortschritt für die Arbeiterschaft begrüßt, das charakterisiert am besten die Heuchelei, die in dieser Forderung der Dresdner KJ.V.D. liegt. „Ausbildungsmaßnahmen“ — a la „Junge-Heide“-Kolonne mit reaktionären Sozialisten sind in der Dresdner Jungerwerbslosen schon am eigenen Leibe gespürt, so daß sie auf diese Forderung nicht hineinfallen werden. In der Tendenz läuft diese Forderung hinaus auf die Maßnahmen, die der Jugend und andere reaktionäre Jugendorganisationen vorschlagen, um im „Interesse der deutschen Wirtschaft“ die jugendlichen Arbeitslosen als billige Ausbeutungsobjekte und Streikbrecher zu verwenden. Das ist die verächtliche Arbeitdienlichkeitspolitik preussischer Kaiserlichkeitsdiener, die uns hier von den Gewerkschaftsführern und Sozialdemokraten aufgetischt wird, zubereitet mit lauter völkergemeinschaftlicher als Forderung der Jugend. Endlich verlangt man 11. die „Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zur Jugendpflege“. Was man darunter versteht? Nun: Bezahlte Jahrfahrten, Konzert- und Theaterfahrten, Wanderversuche.

Das alles zusammengenommen nennt sich nach dem Jargon der „Linken“ Sozialdemokrat, „außerparlamentarischer Kampf“ — „Klassenkampf bis zum Siege des Sozialismus“.

Was ist das Gebot der Stunde?

Angeichts der umfangreichen Wirtschaftskämpfe, in die in den nächsten Monaten etwa 4 bis 5 Millionen deutsche Arbeiter einbezogen werden, sollten es die Gewerkschaften und insbesondere die Jugendsektionen als ihre Hauptaufgabe betrachten, besondere Forderungen für die Jugendlichen aufzustellen. Was ist beispielsweise die D.M.B.-Forderung im sächsischen Tarifgebiet? Sie fordern 14 Pfennige Erhöhung des Grundlohnes von 76 auf

90 Pfennige. Bei der im Manteltarifvertrag festgelegten Staffelung bedeutet es, daß die Regelung höchstens 1 Pfennig, die jugendlichen Arbeiter 4 bis 5 Pfennige Lohnhöhung erhalten! Holt in allen Gewerkschaften können wir feststellen, daß nur die Opposition unter Führung der Kommunisten für die Jugendlichen besondere Forderungen aufstellt und vertritt. Bei den kommenden Kämpfen muß es oberstes Gebot der Gewerkschaften sein, für die Verringerung der Lohnspanne zwischen den jungen und erwachsenen Arbeitern zu kämpfen, damit die willkürlich geschaffene Kluft beseitigt wird. Die Zusammenfassung aller Tarifkämpfe zur Erhöhung der Schlagkraft der gewerkschaftlichen Organisation ist unbedingt notwendig. Am Beispiel der letzten Kämpfe (Werkzeugmachereireißen Berlin, mitteldeutscher Metallarbeiterkampf, sächsischer Hüttenarbeiterstreik) sehen wir deutlich, wie die Unternehmer sofort Solidaritätsaktionen einleiten, um die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Die Gewerkschaften müssen auch trotz verbindlich erklärter Schiedssprüche den Kampf gegen

das Unternehmertum führen, um die geringen und berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter durchzusetzen.

Nur durch diesen dauernd geführten außerparlamentarischen Kampf, für den morgen alle Dresdner Jungarbeiter demonstrieren müssen, wird die Lage der Jungarbeiter, die durch die Rationalisierung und die damit verbundene Ausparosierung der Jungproletariat von Tag zu Tag elender geworden ist, verbessert werden können.

Wirklichen Jugendschutz haben aber bis jetzt nur die jungen Arbeiter in Gadowitz, die erkämpft worden ist durch den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats im Interesse der Werktätigen. Für die deutschen Jungarbeiter gibt es ebenfalls nur den einen Weg —

Bekämpfung eines Kampfbündnisses aller Jungarbeiter, um die Offensive der deutschen Kapitalistenklasse und der Bürgerblutregierung zurückzuschlagen und die Forderungen um Lohn-erhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Verbesserung der sozialen Lage durchzusetzen. Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der internationalen Bourgeoisie, die den Sturz der Sowjetregierung erstrebt. Verteidigung des Vaterlandes aller Arbeiter, Verteidigung der proletarischen Diktatur in Deutschland!

Reformistischer oder revolutionärer Jugendtag?

Die Sozialistische Arbeiterjugend ruft zum 4. und 5. August zu einem Jugendtag nach Dortmund auf. Das sachsen revolutionäre Programm für dieses Treffen widerlegt die Behauptung „Linker“ KJ.V.D. Mitglieder, daß der berühmte „Geist von Weimar“ überwand, daß die KJ.V.D. nun wieder eine politische Organisation der werktätigen Jugend sei. Daß die KJ.V.D. wirklich eine Stütze des kapitalistischen Staates geworden ist, wird uns demonstriert dadurch, daß am 4. August (ganz wie 1911!) dieser enorme Jugendtag durch die Behörden begrüßt wird. Mit Freude und mit zunehmendem Wohlstand kann in der Tat der Staat oder die Kommune Dortmund die verlässliche Jugend empfangen. Unter ihrer Leitung gehen die KJ.V.D. Jungarbeiter nie zu einer Gefahr für den Kapitalismus und seinem Staat werden. Es folgen dann Festspiele, Festsänge, Stadtschlichtungen, sportliche Kämpfe und zur Genugtuung für die „Linken“ eine Demonstration im Programm des Dortmund Jugendtages der KJ.V.D. Zur Vorbereitung der sportlichen Wettkämpfe findet, so

meldet das wahrlich gut unterrichtete „Junge Deutschland“, im Frühjahr in der Hochschule für Leibesübungen ein Spielfest, Lehrgang statt. Die „sozialistische“ Erziehung in der KJ.V.D. nun also gar so aus, daß man den falschen Lehren der hiesigen Hochschule die KJ.V.D. Mitglieder zur Bearbeitung überläßt. Wenn freigeist da nicht die Schamröthe ins Gesicht blutet, so ist die Krönung des ganzen findet im Reichsstadion im Herbst ein Spieltag der KJ.V.D. in allen Gauen statt. Das alles in einer Zeit höchster Not der arbeitenden Jugend, da die Ausbeutung jugendlicher Proleten in rationalisierten Betrieben alles bisher dagewesene übertrifft und ein neuer imperialistischer Krieg in absehbarer Zeit die werktätige Jugend zur Schlachttank führen wird. Offener konnte der Hauptvorwand nicht sein Klassenfriedliches Gesicht entbehren; die proletarisch denkenden KJ.V.D. Mitglieder leben nunmehr, daß ihnen nur blauer Dunst vorgemacht wurde, daß „linke“ Führer die Schiene der Mitglieder mit ihren Phrasen zu umnebeln suchten, wenn sie von Klassenkampf sprachen und die Volksgemeinschaft meinten. Die Politik der KJ.V.D. wird nach wie vor vom rechten Hauptvorstand gemacht, wieder und immer wieder entspringen sich die „Linken“ Führer nur als Zuträger der Herren Odenhauser u. Co. Der Wandergeist von Weimar lebt und herrscht nach wie vor in der Arbeiterjugend und in den ihr verwandten Organisationen. Der Jugendtag des KJ.V.D. in Frankfurt a. M. bringt natürlich ebenfalls Reisespiele und Sport als die wichtigsten Veranstaltungen dieses Treffens und schließt sich damit der Linie der KJ.V.D. vollständig an. Wir sind dessen sicher, daß der Jugendtag der KJ.V.D. in Hamburg ähnlich durchgeführt werden wird, wenn nicht heute schon die revolutionär denkende Mitgliedschaft der Gewerkschaftsjugend nimmt zu dieser Art von Erziehung arbeitender Jugend, wenn sie nicht energisch verlangt, daß in Hamburg das proletarische Gesicht der KJ.V.D. durch entsprechende Auftreten gezeigt wird. Vorher jedoch wird der KJ.V.D. in Chemnitz zu seinem Reichsjugendtag (Ostern) ausmarschieren und mit ihm in Reich und Glied werden dort alle revolutionären Jungarbeiter demonstrieren gegen die imperialistische Kriegsgelahr, für die Jugendschutzforderung der KJ.V.D. für den endgültigen Sturz des Kapitalismus. Weil in Chemnitz nicht gespielt und gesportet — sondern erntet für die Rechte der arbeitenden Jugend gekämpft werden wird, deshalb werden zu Ostern die Ferien aller Jungarbeiter höher schlagen, werden Tausende nach Chemnitz eilen, um gemeinsam mit den Kommunisten zu wirken. Sie alle wissen es schon heute: An ihre Fahnen in der Sieg geheftet! Basentin.



Aus Betrieben und Schulen

Prügelstrafen und Strafstunden

Jungarbeiterkorrespondenz

In der Schlosserlehrlingsklasse der 3. Berufsschule Klasse A 3b unterrichtet Herr Hüblsch. Beim Zeichnen hatte ein Schüler einige Fehler gemacht. Sofort bekam er rechts und links ein paar Prügel. Herr Hüblsch will sich wahrscheinlich bei der Schulleitung gern einen guten Namen machen. Deshalb erlaubt er sich solche Sachen bei den kleinen und schwächlichen Schülern, an die größeren getraut er sich nicht heran, die Christen wiederholen sich sehr oft. Wir fordern als Kommunistische Jugend auf, man solle sich das nicht gefallen lassen. In der Nachstunde ist es ebenso, da wird wiederholt und Formeln eingepaukt. Wer die Formeln nicht kann, bleibt einfach eine Stunde da. Einmal mühen wir über vier Schüler zum Schulleiter. Wir hatten wegen einer Kleinigkeit eine Strafstunde bekommen. Wir protestierten dagegen. Lehrer Hüblsch ging ins Lehrerzimmer. Er ließ die Tür offen. Wir warteten vor der Tür. Wir trafen noch einen anderen Schüler. Dieser hatte eine Strafstunde bekommen, weil er zu seinem Nachbar gelangt hat: „Ich gehe in keine Strafstunde.“ Wir hörten, wie der Schulleiter sagte: „Gehen Sie doch mal mit den Kerlen in die Turnhalle und schinden Sie sie mal richtig.“ Drei Schüler hatten etwas zu lernen, sie weigerten sich, Schulleiter und Oberlehrer Kolentrans kamen heraus. Sie schimpften über sie, der eine Schüler lachte darüber. Er bekam von Oberlehrer Rosen-

franz rechts und links eine geohrteigt. Nach 10 Minuten gingen wir heim. So sieht es mit der „Erziehung“ der Berufsschüler aus.

Poesch & Co., Birna

(Betriebskorrespondenz)

In dieser noch sehr rückständigen Musterbude ereignete sich kürzlich folgender unglücklicher Vorfall: Der 24jährige Meister Kraft schreieigte den 18jährigen Arbeiter Wagner, als er während einer Nachtschicht in der Pause an seinem eigenen Fahrrad hantierte. Und die Arbeiter, die dies sahen — lachten dazu und machten sich lustig, es war ja nur so ein junger Kerl! Richtiger wäre es gewesen, dem erst in den Betrieb gerufenen Kraft eine entsprechende Antwort zu geben. Der Betriebsrat, dem dies gemeldet wurde, erklärte hinterher, nichts weiter unternehmen zu können, es sei gemeldet... Das bürgerliche Kraft erklärte wiederholt, er habe seinen Rückenhalt...

Wann wird der Betriebsrat sich dazu aufraffen, hier energisch vorzugehen und die Jungarbeiter vor derartigen Herren in Schutz nehmen.

Achtet auf die Unfallverhütungsvorschriften!

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Mitte voriger Woche gerieten die Arbeiter eines bei der Firma U. G. Rood, Dresden, beschäftigten Schlosserlehrlings durch Funkenflug der Schmitzschleife in Brand. Der Verhütung jagt sich im Genick und an den Oberarmen schwer: Verbrennungen zu. Bekan zum Köchen waren nicht vorhanden. Von den Arbeitkollegen mußte, um den Jungarbeiter nicht bei lebendigem Leibe verbrennen zu lassen, ein Minimum an Tätigkeit gelegt werden.

Die Kollegen der Schlosserei müssen von der Firma verlangen, daß zu solchen Arbeiten als Schutz vor Unfällen Verhütungsvorschriften zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus muß vom Betriebsrat und den Vertrauensleuten verlangt werden, daß sie sich um die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften kümmern und die Jungarbeiter mit diesen Dingen vertraut machen.

Stellplätze zur gemeinsamen Demonstration für die Jugendschutzforderungen

1. und 2. Bezirk: Köhnerhöfen mit Raditz, Trautenberg, Trachau, Platten, Viechen, Kiebigau. — Stellplatz: Viechen, Leiniger Platz, 5,30 Uhr.
3. Bezirk: Innere Neustadt. — Stellen 6 Uhr Bischofsplatz.
4. und 11. Bezirk: Keukeres Strießen mit Tolkewitz, Gruna, Walewitz, Böhlaus-Weißer Strieße, Leuben, Niederleditz, Dohritz, Reich, Jilchschwitz, Laubegast. — Stellplatz: Volkshaus-Platz, 5,30 Uhr.
5. Bezirk: Johannstadt und innerer Strießen. — Stellen 6 Uhr Rüstertplatz.
6. Bezirk: Plauen, Ködnitz, Hlbertnitz, Rodritz und Raitz. — Stellen 6 Uhr Plauenplatz.
7. Bezirk: Ändere Altstadt und Friedrichstadt. — Stellen 6 Uhr Schützenplatz.
8. 9. und 10. Bezirk: Lobau, Rauhitz, Wälsitz, Cotta, Garsitz, Friedrichs, Garsitz, Ködnitz, Eichitz und Plauenischer Grund. — Stellen 5,30 Uhr Werner, Ede Kesselsdorfer Strieße.

Wir schreiten!

Wir schreiten kämpfend durch das Land, Du, Bruder, willst du mit? Komm, reiche mir die harte Hand Und schreite unseren Schritt.
Wenn mancher Weg uns auch noch trennt, Wir fühlen, was uns ein, Im Herzensgrund den Bruder kennt, Der's frei und ehrlich meint.
Die rote Fahne weht voran Für Freiheit und für Recht, Jersch die Ketten, Arbeitsmann, Und sei nicht mehr ein Knecht.
In irrer Angst das Mitle bricht, Der Abend sinkt zur Nacht, Doch uns im Herzen hell das Licht Des Lebens neu erweckt.
Wir wissen, daß nur Zug und Trug Nach alles Worche hält, Wir bau'n in jugendlichem Zug Was eine neue Welt.
Ihr Brüder, schaut, vom Osten loht Der Freiheit's feur' Schrein, Wir schreiten in das Morgenrot Der neuen Menschheit ein.

Arbeitersport

Rugbyballspiel

Der Sport für Arbeiterkinder

Das Rugbyballspiel wird am 17. März um 10 Uhr im Sportplatz des Arbeitervereins in Dresden abgehalten. Die Spieler sind: 1. Arbeiterverein, 2. Arbeiterverein, 3. Arbeiterverein, 4. Arbeiterverein, 5. Arbeiterverein, 6. Arbeiterverein, 7. Arbeiterverein, 8. Arbeiterverein, 9. Arbeiterverein, 10. Arbeiterverein.

Wie zum 17. März müssen die Arbeiterkinder rechtzeitig am Sportplatz erscheinen. Die Spieler sind: 1. Arbeiterverein, 2. Arbeiterverein, 3. Arbeiterverein, 4. Arbeiterverein, 5. Arbeiterverein, 6. Arbeiterverein, 7. Arbeiterverein, 8. Arbeiterverein, 9. Arbeiterverein, 10. Arbeiterverein.

Gesuche aller Art



Werbt
neue Leser
für die
Arbeiterstimme!

Orlo. Marine-Gardinen
Vitragestoffe
Dekorationsstoffe
in großer Auswahl
Ewald Kuge, Lange Str. 21

**Aktentaschen
Schultaschen
Schulranzen**
empfeht
William Lämmel
Pirna, Domsche Str. 10

Ein guter Rat
bewahrt Sie oft vor Enttäuschung,
darum folgen Sie ihm, wenn er
von einer erfahrenen Hausfrau
kommt. Verwenden Sie zu Ihrer
Wäsche nur das oft bewährte

RUMBO

Überalles

und Sie werden finden, daß
Rumbo-Überalles das vorteil-
hafteste Waschmittel ist, da es
doppelt so viel Schmutz entfernt,
wie ein anderes minderwertiges
Pulver. Ihrer Wäsche Hochglanz
und Frische verleiht und Ihnen
bedeutende Zeitersparnis bringt.

Rumbo-Seifen-Werke-Gebr. Rumberg Freital
Herstellern der beliebten Rumbo-Seife

Handball, Dresden 1-11 (11:11). Heute Handballspiel des Arbeitervereins gegen die Arbeiterkinder. Die Spieler sind: 1. Arbeiterverein, 2. Arbeiterverein, 3. Arbeiterverein, 4. Arbeiterverein, 5. Arbeiterverein, 6. Arbeiterverein, 7. Arbeiterverein, 8. Arbeiterverein, 9. Arbeiterverein, 10. Arbeiterverein.

Handball, Dresden 1-11 (11:11). Heute Handballspiel des Arbeitervereins gegen die Arbeiterkinder. Die Spieler sind: 1. Arbeiterverein, 2. Arbeiterverein, 3. Arbeiterverein, 4. Arbeiterverein, 5. Arbeiterverein, 6. Arbeiterverein, 7. Arbeiterverein, 8. Arbeiterverein, 9. Arbeiterverein, 10. Arbeiterverein.

Das gute billige Gefrierfleisch

halten wir für unsere Mitglieder in den Fleischwaren-Verteilungsstellen

Nr. 1, Dr.-Altstadt, Poststraße 15/17
Nr. 2, Dr.-Altstadt, Dürerstraße 91
Nr. 3, Dr.-Altstadt, Pfotenhauerstraße 45
Nr. 4, Freital-Bo., Untere Dresdner Straße 40
Nr. 5, Dr.-Altstadt, Heffelstraße 19
Nr. 6, Dr.-Neustadt, Maunstraße 19
Nr. 8, Dr.-Leubnitz-Neuostra, Finkenfangstraße 27

zu den nachstehend aufgeführten günstigen Preisen zur Verfügung

Vom Rind:	Vom Kalb:
Brust, ohne Beilage..... Pfund 55 ¢	Hagen..... Pfund 50 ¢
Querrippe, ohne Beilage..... Pfund 62 ¢	Brust, ohne Beilage..... Pfund 80 ¢
Gewiegetes..... Pfund 62 ¢	Unterrippe, ohne Beilage... Pfund 80 ¢
Hochrippe, ohne Beilage..... Pfund 72 ¢	Keule, ohne Beilage..... Pfund 90 ¢
Kamm, ohne Beilage..... Pfund 72 ¢	Rücken, ohne Beilage..... Pfund 90 ¢
Schabefleisch..... Pfund 90 ¢	Blatt, ohne Beilage..... Pfund 90 ¢
Leber..... Pfund 90 ¢	Verbes, ohne Beilage..... Pfund 115 ¢
Gulasch..... Pfund 90 ¢	
Rouladen..... Pfund 95 ¢	
Rumpsteak..... Pfund 100 ¢	
Lende..... Pfund 120 ¢	

Vom Hammel:
Rohfleisch..... Pfund 85 ¢
Bratenfleisch..... Pfund 90 ¢

Vorwärts

Mitglied kann jeder werden — Eintritt 50 Pfennig

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Dresden

Sonnabend, 17. März 1928, im Saale des „Trionon“,
Eingang Ostra-Allee und Schützenplatz.

heiterer Kunstabend

Ausführende: Konzertlängerin Trude Schöne-Knüpfer —
Intendant Friedrich Schiffermüller — Gino Kappach —
Hilde Schlieben — Solokvintett der Staatsoper. — An-
schließend geselliger Abend mit Tanz bis 1 Uhr. Saalöffnung
6 Uhr. Beginn pünktlich 7 Uhr. Karte 50 Pf.

Zahlreiche Beteiligung erwartet die Ortsverwaltung.

Für jedes Geschäft ist
diese Brücke

das Inserat in der Arbeiterstimme

eine notwendige Verbindung
mit den Konsumenten!

Der Schlichter soll helfen

Die Pläne der sächsischen Metallindustriellen

Wie die Dresdner Volkszeitung am Montag in einem ausführlichen Artikel über den Metallarbeiterverband berichtet, sind die Pläne der sächsischen Metallindustriellen für den Februar ihre Forderungen zum Abschluss eines neuen Lohn- und Mantelvertrages, die auf wesentliche Verschlechterungen der bestehenden Tarifbestimmungen hinauslaufen, dem Metallarbeiterverband zugeht. Zu dem neuen Tarifprogramm der Schlichter der sächsischen Metallindustrie, das im Mitteilungsblatt des Metallarbeiterverbandes Nr. 2 der Osterverwallung Dresden abgedruckt ist, werden wir demnächst besondere Stellung nehmen. Die Metallindustriellen, die es sonst mit Verhandlungen nicht besonders eilig haben, verlangen, nachdem wie die Herrschaften nun einmal sind, eine kurzfristige Beratung und beschleunigte Stellungnahme des D.M.V. Obwohl der Metallarbeiterverband, so teilt die Dresdner Volkszeitung mit, sich bereit erklärt, Anfang März in Verhandlungen einzutreten, rufen die Industriellen bereits am 21. Februar den sächsischen Landeslichter um Hilfe an. Der Schlichter — das ist der ehemalige D.M.V.-Angestellte Wilms Haack — bereitete sich selbstverständlich, den Wünschen seiner Auftraggeber schleunigt nachzukommen, und hat den Parteien ausgedrückt, bis zum 2. März in Parteiverhandlungen einzutreten. In diesen Verhandlungen ist es aber nach der Dresdner Volkszeitung nicht gekommen, weil die Arbeiter die Ablehnung des bestehenden Landesvertrages durch Tarifverträge fordert. Die Unternehmer lehnten jedoch diese Forderung rundweg ab. Daraufhin haben nun die Unternehmer einen neuen Vorschlag beim Schlichter unterbreiten und bei persönlicher Vorgesprache von ihm verlangt, beschleunigt und wunschgemäß das beantragte Verfahren einzuleiten.

Die Absicht der sächsischen Metallindustriellen ist klar. Sie wollen möglichst jede Parteiverhandlung vermeiden und setzen ihre Hoffnungen auf den Schlichter. Das zeigt den Metallarbeitern wieder einmal klar und deutlich, daß die Unternehmer mit der approbierten Praxis des Schlichtungsverfahrens absolut zufrieden sind. So wie in Mitteldeutschland und erst vor wenigen Tagen in Berlin, soll der Schlichter einen im Interesse der Unternehmer gelegenen Schiedspruch fällen, der dann verbindlich erklärt zum Zwangsvertrag gemacht werden soll. Bei der Einstellung der Reformisten, gegen verbindlich erklärte Schiedsprüche keinen Kampf zu führen, hoffen die Metallindustriellen, möglichst am 1. April die Bewegung der Metallarbeiter auf kaltem Wege abzuwürgen. Die Metallindustriellen dürften sich weder in dem Schlichter Haack noch in den Reformisten des D.M.V. getäuscht haben. Haack wird dem Wunsch der Metallindustriellen mißfällig nachkommen. Es ist ja nicht das erste Mal, daß sich Haack als Vollstreckungsbeamter für Kapitalisten betätigt.

Die Mitteilungen der Dresdner Volkszeitung über den Stand der Dinge in der schwebenden Tarifangelegenheit der Metallarbeiter ist von größter Wichtigkeit. Noch ist es nicht einmal zu Verhandlungen gekommen, und schon zeigen sich die drohenden Gefahren, die nur abgemindert werden können, wenn die sächsischen Metallarbeiter auf dem Posten sind. Es ist höchste Zeit, daß die Metallarbeiter in dem Betriebe zu ihrem bevorstehenden Kampf in breitem Rahmen Stellung nehmen und sich darüber klar werden, daß es den Unternehmern auf keinen Fall gelingen darf, mit Hilfe des Renegaten Haack oder durch den erbärmlichen Schiedspruch irgendeines „Unparteilichen“ den Kampf der Metallarbeiter mit der Schlichtungsbehörde abzuwürgen.

Die Metallindustriellen toben auf der ganzen Linie vor

Seit Wochen versuchen die Metallindustriellen in den bürgerlichen Zeitungen zu beweisen, daß jede Lohn- und Mantelvertragsänderung zu ihrer Ausparierung gegenüber den mitteldeutschen Metallarbeitern haben sie bewiesen, daß sie Lohn- und Mantelvertragsänderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln abwürgen wollen. Die Schlichtungsmaschine des bürgerlichen Staatsoberhauptes stellt sich völlig in den Dienst des Kapitalismus. Die Forderungen der Werkzeugmacher in Berlin wurden von

dem Schlichtungsausschuss abgelehnt. In Hagen-Schmelz hat der Schlichter auf die Forderungen der Arbeiter einen ganzen Haufen Lohn- und Mantelverträge bewilligt, der noch dazu an die Arbeiter nicht bezahlt werden soll. Die Unternehmer in Solingen haben auf die Forderung des Metallarbeiterverbandes nach 15 Pf. Lohn- und Mantelvertragsänderung, daß sie gar nicht daran denken, auch nur einen Pfennig zuzulegen.

Die Junkers-Werke in Dessau haben nach dem Streik von ihrer Arbeiterzahl durch Anschlag verlangt, daß sie, um den Verlust, der durch den Streik entstanden ist, wieder auszufüllen, für 8 Wochen 16 Stunden und länger pro Woche arbeiten sollen. Gleichzeitig versuchen die Unternehmer überall die Forderungen herabzusetzen und so praktisch einen Lohnabbau vorzunehmen.

Hier ist ganz deutlich eine einheitliche Linie der Metallindustriellen zu erkennen, die unter allen Umständen nicht nur den Lohn nicht erhöhen, sondern ihn im Gegenteil noch abbauen wollen. Sie sind bereit, jeden Verlust der Arbeiter eines einzelnen Gebietes ihre Löhne zu erhöhen, durch die Aufstellung der Kampftruppe im ganzen Reich niederzuschlagen. Demgegenüber müssen die Metallarbeiter mit der schändlichen Kampfweise des D.M.V.-Vorstandes Schritt machen, der einen Schritt nach dem anderen sich abwärts löst. In Mannheim und Köln sind die Tarife der Metallarbeiter gekündigt worden. In anderen Betrieben steht die Kündigung bevor, so daß für den 1. April eine Reihe von großen Tarifbewegungen zu erwarten ist. Die Mitglieder des D.M.V. müssen darauf drängen, daß diese Bewegungen zusammengefaßt werden und der Abwärtsbewegung der Unternehmer und ihrer brutalen Gewaltanwendung gegenübergestellt wird die einheitliche Front aller Metallarbeiter.

Eine Abfuhr der Reformisten

Die Arbeiter des Sachsenwerkes gegen die reformistische Niederlagenstrategie

Eine Betriebsversammlung des Sachsenwerkes nahm Stellung zu dem verhassten Kampf der Metallarbeiter in Mitteldeutschland. Von der Ortsverwaltung des D.M.V. war der Kollege Müller, 1. Bevollmächtigter der Dresdner Verwaltungsstelle, als Referent aufgetreten. In der Debatte wurde die nachstehende Entschließung eingebracht und begründet.

Entschließung

Die in der deutschen Industrie durchgeführte Nationalisierung hat die Produktivität der Arbeit durch Ausbau an der Arbeitskraft der deutschen Arbeiterklasse gemaltig gesteigert. Trotzdem hat keine Senkung, sondern eine Steigerung der Preise für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse stattgefunden. Für die Arbeiter bringt dieser Ausbau räumliche Engherde, schlechte Arbeitsbedingungen und Herabsetzung ihrer Lebensdauer mit sich. Die gesteigerte Produktivität und ihre Folgen müßten selbst vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaft eine Erhöhung der Lebenshaltung und erhöhte Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse für die Arbeiterklasse mit sich bringen.

Deshalb war die Forderung der mitteldeutschen Metallarbeiter von 15 Pf. Lohn- und Mantelvertragsänderung gerecht und ist der für verbindlich erklärte Schiedspruch eine Niederlage nicht nur der mitteldeutschen, sondern der gesamten deutschen Arbeiterklasse, da das, was in Mitteldeutschland entschieden wurde, richtunggebend ist für die 4 Millionen Arbeiter, deren Tarife nunmehr abzulaufen. Wer das Gegenteil behauptet, legt beweislich die Unwahrscheinlichkeit und Falschheit der Behauptung der Arbeiterklasse angedeutet werden.

Wollen die maßgebenden Instanzen des Metallarbeiterverbandes und der übrigen Gewerkschaften ernstlich diese Niederlage vermeiden, wollen sie endlich ihre vornehmste Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern, erfüllen, dann müßte mit der Ausparierungsbewegung der Unternehmer von diesen Stellen aus die Generalstreikbewegung der Arbeiterklasse folgen und wenn notwendig, diese auch verwirklicht werden.

Damit wäre die Niederlage der Unternehmer besiegt, der Sieg der Arbeiterklasse Westdeutschland geworden. Diejenigen gewerkschaftlichen Instanzen, die solchen notwendig entscheidenden Kämpfen ausweichen, fördern bewußt oder unbewußt die Niederlage der Arbeiterklasse, die relative Verehrung der Arbeiterklasse.

Die Belegschaft des Sachsenwerkes verpflichtet sich und erwartet dieselbe von der übrigen Arbeiterklasse:

1. Ich reißes zu organisieren und in den Gewerkschaftsversammlungen dahin zu wirken, daß notwendige gewerkschaftliche Kämpfe ohne Rücksicht auf Verbindlichkeitsverpflichtung durchgeführt werden, daß
2. Diejenigen Gewerkschaftsleiter und Funktionäre, die der Durchföhrung solcher entscheidenden Kämpfe im Wege stehen, als solche bestraft werden.

Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbergbau

Weitern begannen in Essen zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Zechenverband die Verhandlungen über die Arbeitszeit, nachdem die Bergarbeiterverbände und namentlich der D.M.V. durch den Druck der Opposition das bestehende Mehrarbeitsabkommen gekündigt hatten.

Das Organ Stresemanns, die Tägliche Rundschau, glaubt anlässlich dieser Verhandlungen den Zechenindustriellen des Ruhrgebietes besprechen zu müssen, indem sie in ihrer Stellungnahme zu diesen Arbeitszeitverhandlungen betont, daß die britischen Parteien dabei beachten müssen, daß der härteste Konkurrent des Ruhrbergbaues, der englische Bergbau, eine längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne habe und eine Verringerung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau und eine eventuelle Lohn- und Mantelvertragsänderung, die unbedingt zu einer Verstärkung der Konkurrenzfähigkeit des englischen Bergbaues führen würde, nicht möglich sei.

Zur Unterstützung der Zechenindustriellen und zur Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer, in ihren Forderungen doch möglichst gemäßig zu sein, schreibt die Tägliche Rundschau:

„Bei der ausschlaggebenden Bedeutung, die der Abfall ins Ausland und befristete Gebiete für die Ruhrkohle hat — rund 40 vom Hundert des Gesamtproduktionswertes dorthin — sollte der Blick bei der Behandlung der Arbeitszeitfrage vor allem auf England gerichtet sein, sowohl im Interesse der Werte, als auch im Interesse der Arbeiterklasse (1), die durch Entlassungen und teilweise Stilllegungen bei der Eindämmung des Kampfes mit England auf das Schwerste in Mitleidenschaft gezogen würden.“

Gegenüber diesen Drohungen der Täglichen Rundschau, die versucht, durch den Hinweis auf eventuelle Stilllegungen usw. die Bergarbeiter zum Zurückweichen von ihren berechtigten Forderungen zu veranlassen, muß die Bergarbeiterklasse nach wie vor zu ihren Forderungen stehen und sie nötigenfalls durch die Anwendung ihrer gesamten Kampftruppe zur Durchsetzung verhelfen.

Eine Abfuhr der Reformisten

Die Arbeiter des Sachsenwerkes gegen die reformistische Niederlagenstrategie

Diese Entschließung wurde gegen acht Stimmen angenommen. Der Führer der SPD-Fraktion forderte vor der Abstimmung seine Mannen auf, gegen die Entschließung zu stimmen. Er stellte nach der Abstimmung mit Bedauern fest, daß von der verhältnismäßig großen Anzahl in der Versammlung anwesenden SPD-Kollegen „nur acht“ seiner Aufforderung nachgekommen waren. Der „große“ Föller machte gar nicht erst den Versuch, das in der Entschließung Gesagte zu entkräften. Er verzichtete sich hinter der Erklärung, daß das darin Gesagte zu niedrig sei, um überhaupt etwas dazu sagen zu können. Wir fordern die Arbeiterklasse der anderen Betriebe auf, den Inhalt der Resolution zu prüfen und in ihren Betriebsversammlungen zu diskutieren, dabei wird sich zeigen, daß die Anschauung darüber, was „niedrig“ und was „notwendig“ ist, zwischen der Arbeiterklasse und den reformistischen Führern weit auseinander geht. (Arbeiterkorrespondenz.)

Sieg der Opposition bei den Zettlarbeitern Berlins

Berlin, 13. März. (Eigener Drahtbericht.)

Vorgestern fand die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Zettlarbeiterverbandes statt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung erhielt die Opposition 355 Stimmen, die Reformisten 248. 11 Stimmen waren ungültig. Insgesamt wurden 614 Stimmen abgegeben. Die Opposition erhielt 107 Stimmen mehr als bisher. Bisher bestand sich die Ortsverwaltung nur in den Händen der Reformisten.

Nächste, kommunistische Staats- und Gemeindefeststellung am Sonntag den 17. März, 19.30 Uhr, im Brandenburger Hof wichtige Fraktionsitzung. Das Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich.

Gewerkschaftsfeierabend Brand-Erbisdorf, Donnerstag den 15. März 20 Uhr im Restaurant Glöckchen Generalversammlung. Die neu gewählten Betriebsräte werden erluhrt, zeitlich zu erscheinen. Tagesordnung: Neuwahlen, Kasse, Kaffeekonzert um 19 Uhr dazwischen.

Der 2. Ratstag zum Reichsangeestelltenarbeitsvertrag vom 2. Mai 1924 und zum preussischen Angestelltenarbeitsvertrag vom 30. Juni 1924 ist erschienen und zum Preise von 10 Pf. vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, Gertrudenstraße 5, 1., zu beziehen. Bei Zustellung durch die Post ist das Rückporto beizufügen.

Verantwortliche Redakteure: für Text- und Zeichnungen: Rudolf Kanner; für Fotos, Gemeindefeststellungen, Sport und Reizstoffe: Richard Spang; für den Illustrations-Teil: Arthur Siefert, jeweils in Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft — Prof. „Voss“, Dresden-Neustadt.

Fortsetzung 25

PASSAGIERE

DER III. KLASSE

ROMAN VON KURT KLÄBER

Das rührte den sonstigen Schotten. Er ließ nach in seinem Rücken und nahm den Duden, der jetzt schlief nach hinten hing, legte an seine breite Brust.

„Niederden“, sagte er und wälzte ihn hin und her, „ist du schon fette? Hast du schon genug? Wer? es dir aber! Sei das nächste Mal fitter. Zu einem christlichen Arbeiter sagt man nie Epikure oder Schwein!“

Als der Deutsche trotz dieser Järrlichkeiten nicht wieder zu sich kommen wollte, schüttelte und wälzte ihn der Schotte noch mehr.

„Halle bei!“ flüsterte er dazu. „Halle bei! Das Kind will also wieder schlafen!“

Er ließ den Leblosen dann von seiner Brust in das Bett rollen, streckte ihn langsam aus, nahm die Decken, warf sie über ihn und deckte ihn sorgfältig zu.

Die Heilige schlief schon. Auch der Kusse. Dieser lag gerade in seinem Bett wie am Nachmittag. Das Gesicht sah schlaf aus dem Dunkel, und die schwarzen Haare hielten sich darum, als müßten sie es schützen.

Während der ganzen Zeit — es war wohl eine Stunde vergangen, bis es so ruhig geworden war — hatte der Gedulte in der leeren Kabine auf die Französin gewartet. Nun zog er sich ängstlich aus und legte sich nieder.

Es war lange nach Mitternacht, da schlief die Frau endlich herein. Sie war erregt und heiß. „Bist du es?“ flüsterte sie leise, als sie die Hand des Gedulten berührte.

„Der sagte sie eilig um den Leib und zog sie zu sich heran. „Das war ja eine lange Liebe“, murmelte er.

„D.“ flüsterte die Frau schlauer, und ihre Brust schaute auf und nieder, „er ist ein schlachter Kerl. Er ist eine Sau. Ich will nie wieder zu ihm gehen!“

„Was hat er dir getan?“ fragte der Gedulte, um sie zu trösten.

Die Französin wachte nicht gleich, was sie antworten sollte. „Das ist es ja“, flüsterte sie heiser, „eigentlich nichts!“

Darüber lachte der Gedulte. „Alle Dicken sind so“, sagte er. „Auch du bist du ja jetzt bei mir.“

Der Französin war es aber doch nicht geheuer. Auf dem Gang schleichen Schritte. „Ist da einer?“ fragte sie furchtlos.

„Kommt!“ knurrte der Gedulte, der ärgerlich wurde. „Und wenn es der Teufel ist.“ Er zog die Frau näher an sich, sagte sich an ihr fest und warf sie über das Bett.

Auf dem Gang trippelte die Bettwärterin. Sie lachte hell auf, als sie die Kabine leer fand, wählte erst etwas in dem Bett der Französin, und als sie nichts Besonderes fand, schlang sie sich nach oben und holte sich ihre Tüte.

Sie war posierlicher als am Nachmittag. Der Zucker mußte ihr aber nicht mehr schmecken. Sie ließ die Tüte ins Bett fallen und richtete sich hoch. Hinter ihrem Rücken waren noch andere Schätze.

Erst brachte sie eine längliche kleine Flasche hervor und danach eine dickbäuchige. Sie hielt sie beide gegen das Licht und lachte laut. Von der dickbäuchigen löste sie den Stöpsel und trank.

Sie schüttelte sich den Viktor, der darin war, in raschen kleinen Schlucken hinunter, holte nur manchmal tief Atem und berührte dann die Augen.

Währenddessen dachte sie auf, Nebenbei, bei der Tüte, rührte sich etwas. Komt jemand? — Nein, die Tüte zog sich nur langsam aus.

Sie hatte angesprochen auf den Langan gewartet und glaubte wohl, er käme nicht mehr. Außerdem froh sie, sie wollte sich lieber in ihr Bett legen.

Sie streifte ihr Oberkleid herunter und auch ihre biden Unterhosen. Sie schüttelte und hob sie nieder wie eine ausgewaschene Schlange ihre alte Haut. Als sie auf der einen Seite den Fuß frei hatte, hob sie ihn und trampelte die Kleider ganz auf den Boden.

Sie sah nun aus wie ein altes Kleiderbügel, dessen Mitte mit einem weichen Flecken-mattig bedeckt war. Aus den absteigenden Röhren der neidlichsten Seiten quollen die Feine wie zwei zu voll gequollte Wacke, und die Arme wälzten sich nach gewaltiger unter dem letzten Atem. Darunter über dem letzten der Leib gegen die dünne Wacke wie ein unruhiges Schwingen, schwanke und wackelte bei jeder Bewegung und schien unruhig und zu brechen.

Die Ausgezogene trippelte langsam nach der Tür und schloß sie ab. Nachdem sie das Licht gelöscht hatte, schien sie beherzter zu werden. Sie trippelte zurück und schnappte leise wieder auf. Vielleicht kam der Lange doch.

Der sah auf seinem Bett, noch zusammengekauert und mit halbgeschlossenen Augen, und beobachtete den Krummen. Sah, wie sich dieser unter seiner Decke verkroch und einatmete verfuhr, aber immer, wenn der Lange von ihm fort sah und gehen wollte, richtete sich der Schlafende wie unter einem Zwang wieder auf.

„Herrgott“, sagte er dann, „ich will wirklich nicht mehr zu dem Weib. Ich bleibe bei dir.“

Er war noch zerstreuter und kleiner geworden. Er nannte sich weiter ein Vieh und einen schlechten Menschen und wartete darauf, daß ihm der Lange ein gutes Wort sagte.

Schlief er jetzt? Der Lange bog sich vor und hörte ihn schnarchen. Endlich, er hatte die Augen fest geschlossen. Das Gesicht des Langes, das noch lebend und noch unruhig gesogen war, löste sich. Er stand auf, stieg die Tür noch unten und suchte hinaus.

11.

Der Sturm hatte sich gelegt, als der Tag heraufkam. Das Meer war noch nicht spiegelglatt, aber die großen Wellen waren untergetaucht, und überall, wo sie verdrummen waren, dröhte sich das Wasser in tiefen, quirlenden Wirbeln.

Langsam schien der erste Schimmer der Sonne. Der graue Himmel färbte sich, dann wurden die ersten Schaumkämme farbig, spritzten die leichte Färbung in kleinen, funkelnden Bläschen hoch und trugen sie höher.

Der Himmel wurde gelb. Gelb wurde auch das Wasser. Die goldigen Schaumkämme spritzten schon bis in die Höhe des Schiffes, tanzten hoch und schlugen Klappen und Kreise.

Leuchtender quoll die Färbung. Sie wurde Blut, schmolz an der Randkante Himmel und Wasser zusammen und löste sich auf wie eine flackernde Fackel. Die kleinen Wellen entzündeten sich daran, wurden purpurn und braunten weiter, als müßten sie die halbe Welt verbrennen.

Selbst in das Wasser trümpften sie sich, brannten ihre Haut in die Schaumkämme, machten sie purpurn, wie sie selber war, und ließen ihnen glitzernde und flimmernde Kronen auf.

Da tauchte die Sonne ganz aus der Nacht. Eine Flamme! Eine große glühende Scheibe! Eine Feuerkugel! Ein einziges, leuchtendes Gold! Licht!

(Fortsetzung folgt.)

